

DEUTSCHE BÄCKERZEITUNG

Offizielles Organ
des Verbandes der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands
(Sitz Hamburg 23), Maxstraße 6.

Offizielles Organ
der Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands
(Sitz Dresden), Liliengasse 12.

Die Feinde unseres Verbandes unter den Berufskollegen.

In einem früheren Artikel haben wir uns mit den offenen Feinden unserer Organisation, den Innungen, beschäftigt. Schlimmer als diese offenen und bewußten Feinde unseres Verbandes sind jedoch für uns die Feinde in den eigenen Reihen der eigenen Berufskollegen!

Zunächst bei unsern offenen und bewußten Feinden unter den Kollegen an. Deren Zahl ist nicht allzugroß, aber leider immer noch groß genug, um unsere Wirksamkeit zur Erzielung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen mitunter sehr zu hemmen. Da haben wir fast in jeder Stadt mit einigen Speichelleckern und Diebedienern bei den Innungen zu rechnen. Diese schmutzigen, charakterlosen Elemente sind zu jeder Zeit bereit, für einen herablassenden Blick oder ein Schmeichelwort ihres Arbeitgebers oder der Innungsmacher ihre und ihrer Kollegen Interessen schände an die Arbeitgeber zu verraten. Die frechsten unter ihnen kommen in unsere Versammlungen und ergreifen das Wort gegen unsere Bestrebungen, um so „nebenbei“ ein Loblied auf die Bäckereiverhältnisse am Orte und ganz besonders auf ihren jetzigen Arbeitgeber anzustimmen. Damit wollen sie ihre eigene Persönlichkeit bei den Arbeitgebern in empfehlende Erinnerung bringen, um für sich Vorteile und gute Stellungen herauszuschlagen. Sie sind Schmutzklappen schlimmster Sorte, bar jedes kollegialen Sinnes und jedes Ehrgefühls! Ueber die Vorgänge in den Versammlungen berichten sie sofort den Innungshäuptern, sind also die schlimmsten Spitzel und Verräter an der Arbeitersache. Aber bald entdeckt jeder ehrliche, aufrichtige Mann unter den Kollegen deren schmutziges Handeln und allgemeine Verachtung ist der Lohn für ihr erbärmliches Treiben.

Kommen wir nun zu denen, die deshalb Feinde unseres Verbandes sind, weil sie glauben, bald selbständig eine Bäckerei übernehmen zu können. Ist es schon unverständlich, daß diese Leute — wenn sie wirklich vermögend sind, also die Mittel dazu haben, Bäckereimeister zu werden — nicht einmal kollegial mit ihren Berufskollegen verkehren, so lange sie noch selbst deren Klasse mit angehören, also das gleiche Interesse wie ihre Kollegen an besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen haben, so wirkt es geradezu komisch auf jeden verständigen Menschen, wenn man unter diesen Prahlhanseln, die sich was Besseres dünken als ihre Kollegen, Leute trifft, die auch nicht einen Pfennig Kapital ihr eigen nennen und zur Verwirklichung ihrer Prahlerei auf eine „reiche Heirat“ oder einen Lotteriegewinn warten! Albern, törichte Gimpel! Eine andere Bezeichnung gibt es für diese Spezies nicht!

Doch auch die, welche wirklich die Mittel besitzen, selbständig werden zu können und deshalb uns bekämpfen, weil sie die ihnen seitens der Meister eingepaukte alberne Phrase als wahr hinnehmen, daß sie sich selbst schädigten, wenn sie die Gesellenbestrebung auf höhere Löhne unterstützen, denn später als Kleinmeister müßten sie ja selbst diese höheren Löhne zahlen und würden dadurch am eigenen Leibe geschädigt, beweisen sie damit nur, daß sie eben absolut nicht imstande sind, sich ein Bild über die nicht ungünstigen, sondern günstigen Wirkungen der Besserstellung der Arbeiterklasse für die Kleinhandwerker und Kleingewerbetreibenden zu machen. Sie begreifen auch nicht, daß höherer Gesellentlohn in ganz genau demselben Maße der durchgeführten Erhöhung dem selbst mit arbeitenden Kleinmeister in der Bäckerei zu gute kommen muß, wie wir das schon wiederholt an einer Masse von Beispielen in diesem Blatte nachgewiesen haben. Ihre Feindschaft gegen unsere Organisation beruht also nur auf falschen Voraussetzungen und Unkenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse und deshalb ist bei ihnen Aufklärung und Belehrung durch die Organisation dringend notwendig. Wird die planmäßig betrieben, dann müssen diese Feinde des Verbandes zu Freunden und Mitgliedern desselben werden.

Auch eine Sorte von Gegnern des Verbandes sei noch erwähnt, das sind die durch die traurigen Verhältnisse unseres Berufes und die lange Arbeitslosigkeit mit ihren

Entbehrungen und in vielen Fällen recht traurigen Folgen heruntergekommenen Elemente, von denen wir leider in jeder Großstadt eine Anzahl haben. Es sind das die gewohnheits- und gewerbsmäßigen Spieler, die unerfahrenen Kollegen das sauer verdiente Geld abnehmen. Dazu gesellen sich noch die, welche der Kunst der Zuhälter verfallen sind. Sie alle sind Feinde unserer Organisation, wenn sie auch nicht mit Worten uns bekämpfen, so suchen sie uns doch durch ihre Tätigkeit auf alle mögliche Art und Weise zu bekämpfen und sie sind bei Lohnkämpfen sofort bereit, uns als Streifbrecher in den Rücken zu fallen, werden auch in Ermangelung besserer Ware von den Arbeitgebern als Helfer in der Not herzlich gern in Anspruch genommen; aber als solche bereiten sie den Arbeitgebern gewöhnlich dann keine große Freude. Aber nur selten wird einer von diesen Leuten wieder zu einem ehrlich denkenden Mitglied unserer Organisation zu erziehen sein; die traurigen Verhältnisse unseres Berufes haben diese eben zu tief sinken lassen.

Und nun zu den unbewußten Feinden unseres Verbandes. Tausende der dem Verbands nicht angehörenden Kollegen würden es sich ganz energisch verbitten, wollten wir sie kurzweg als Feinde des Verbandes bezeichnen oder wollten etwa gar die Innungen sie als meistertreue Gesellen für sich in Anspruch nehmen.

Aber doch können wir nicht umhin, diesen Kollegen vor Augen zu halten, wie sehr sie indirekt unserer Sache schaden. Das übliche Wort derselben: „Wenn Ihr streikt, sind wir auch dabei, und wir wollen noch gar nicht einmal Unterstützung haben!“ ist für uns keinen Pfifferling wert. Wie soll die Verbandsleitung ermessen, wie viele so denkender Kollegen vorhanden sind? Ein untrügliches Zeichen vorhandener Begeisterung ist doch stets und ständig nur die Zugehörigkeit zum Verbands. Und selbst da kommt es vor, daß in Zeiten allgemeinen Aufschwunges der Organisation, Elemente mit in dieselbe hineinkommen, die dem Verbands eher Schaden als Nutzen bringen, indem sie in ihrer Arbeitsstelle mehr zum Meister als zu ihren Kollegen halten.

Dem Verbands nicht angehörende Kollegen sind nun schnell dabei, zu sagen: „Wenn im Verbands solche Kollegen sind, dann trete ich nicht bei!“ Richtiger würden diese Kollegen aber handeln, wenn sie dem Verbands nun erst recht beitreten und das Verhalten solcher pflaumweichen Leute brandmarken würden. Es wird doch wohl jedem einigermaßen vernünftigen Kollegen einleuchten, daß im Verbands nicht der die Sympathie der Kollegen haben wird, der in unwürdiger Weise um den Meister herumshawanzelt. Kommt solcher Fall vor, daß sich ein Mitglied seinen Mitarbeitern gegenüber nicht kollegial und nicht solidarisch beträgt, dann ist es notwendig, daß der örtlichen Verwaltung des Verbandes der Sache unterbreitet wird und die wird dann schon dem Betreffenden ins Gewissen reden, oder wenn das nicht hilft, veranlassen, daß solcher Mann, mit dem der Verbands keine Ehre einlegt, wieder aus unseren Reihen hinausbefördert wird. Also beherrige man das, und wer ein freibeitliches und gerechtes Gefühl in sich hat, der stoße sich nicht an Diefem oder Jenem, sondern komme in unsere Organisation und werde ein unerschrockener Verfechter unserer edlen Sache.

Ebenfalls zu den unbewußten Verbandsfeinden zählen die Sports- und Vergnügungsvereine. Geleitet sind sie fast alle von dem Gedanken, sich für die paar Stunden freie Zeit, die ihnen die Ausbeutungswut der Meisterschaft läßt, Zerstreuung zu schaffen. Aber warum in aller Welt ist es notwendig, dazu besondere Vereine zu gründen, die Kollegen in kleinen und kleinsten Zirkeln festzuhalten und dadurch sie der Tätigkeit in der Organisation zu entziehen? Vernachlässigt etwa der Verbands die frohe Geselligkeit seiner Mitglieder, oder glaubt man etwa gar, daß er den Kollegen ein Vergnügen nicht gönne? Gerade unter zielbewußtes Streben und Kämpfen um kürzere Arbeitszeit und höhere Löhne soll ja dazu dienen, den Kollegen die Vergnügen nicht zu einer Festtag von der Arbeit zum Fest und vom Fest wieder in wilder Hast zu-

rück zum Arbeitsjoch, sondern zu einer wirklichen Freude und Erholung zu gestalten. Bedenkt also, Ihr Kollegen in den Vergnügungsvereinen, daß bei dem vollauf berechtigten Verlangen nach angenehmer Zerstreuung, niemals der Kampf um menschenwürdige Lebensbedingungen fehlen darf.

Jedoch alle diese bewußten und unbewußten Feinde unserer Organisation, die wir leicht überwinden würden, sie reichen alle nicht an den einen heran, an unsern schlimmsten und größten Feind!

Den Feind, den wir am tiefsten hassen,
Der uns umlagert schwarz und dicht —

Das ist der Unverstand der Massen!

Unverstand und Gleichgültigkeit, die noch tausende unserer Kollegen in dumpfem Dahinbrüten gefangen halten, die sie nicht denkende Menschen werden lassen, sondern sie zu Sklaven der Backstube erniedrigen, das sind unsere schlimmsten Feinde. Und das Mittel, durch welches nur allein diese unsere schlimmsten Feinde überwunden werden können, es heißt:

Aufklärung und Belehrung!

Mitglieder, laßt es daran nirgends fehlen!

Die Innungspresse und der Berliner Boykott.

Während in den ersten Tagen des Meienkampfes in Berlin die Innungspresse vollständig ratlos und sprachlos dastand, jedes eigene Urteil über den Stand des Kampfes gänzlich verneinend — weil sie von den Machern des Germaniabandes noch keine bestimmte Weisung erhalten hatten —, ist jetzt das Gegenteil zu konstatieren. Jetzt hat die feuchte Meienpresse ihre Weisung erhalten: Schimpfen muß sie auf alle Fälle, was das Zeug halten will, auf die organisierten Gehülsen und deren Führer, und darin wird nun etwas geleistet; daneben hat man in Berlin eine besondere Fabrik für Streikmärchen eröffnet, und geschwindelt und gelogen wird nun von dort aus, daß sich die Balken biegen!

Ganz sonderbare Hochsprünge macht da zunächst die „Güntherische Bäckerzeitung“, welche in einem konfuse-Wirrwarr bezüglich der Meister, die dem abgeschlossenen Tarif in Berlin beigetreten sind, schreibt: „Was ein ehrlicher Mann unter schreibt, das muß er auch halten.“ Man bedenke, diese Worte gebraucht das Hauptorgan desselben Germaniabandes, dessen Führer öffentlich die Parole ausgaben: In der Stunde des Streikausbruches sollten die Meister alles bewilligen, um dann, wenn Streifbrecher genügend herbeigeschafft seien, die Verbandsmitglieder zu entlassen und das gegebene Ehrenwort zu brechen! Und nach diesem Rezept haben auch die Innungsführer und deren Presse alles versucht, die Meister durch Beeinflussung, Bedrohung und Erpressung zu solchem verwerflichem Vorgehen zu bewegen. Daß sie damit nicht mehr Glück hatten, das beweist doch nicht, daß sie es bei ihrem Vorgehen nach dieser Richtung an den gemeinteten Mitteln fehlen lassen, sondern es beweist doch nur, daß trotz dieser Machinationen den Bäckereimeistern die Kundschafft und ihre Grenzen lieber waren, als die schönen Augen der Innungsführer, und daß man den Boykott kolossal fürchtete und denselben heute noch ebenso fürchtet.

Nach vielen Vorgängen gehört schon eine gewisse Stirn dazu, jetzt zu schreiben: „Was ein ehrlicher Mann unerschreibt, das muß er auch halten!“ — Wui Teufel solchen bäckereimeisterlichen Gemeinheiten!

Wie häufig es mit der so viel gerühmten Solidarität der Innungsführer bestellt ist, dafür konnten wir schon bei Streiks in anderen Orten Beweise genügend anführen. Jetzt liefern die Innungsblätter einen neuen Beweis dafür in folgender großprahlender Publikation:

Für die durch den Streik und Boykott in Berlin geschädigten Kollegen bewilligte der Zweigverbandstag Sachsen, Anhalt und Thüringen am 14. Juni in Coburg einstuimmig 2000 Mark. Der Zweigverbandstag Rheinland bewilligte ebenfalls am 30. Mai in Bonn 500 Mark. Der Zweigverbandstag Westfalen beschloß ferner in seiner Ausschlußsitzung vom 5. Juni in Siegen, die dem Zweigverbande zurückgezählten Gelder nicht den einzelnen Innungen, welche jeherzeit zur Errichtung des Fonds beigetragen, zurückzahlen, sondern sie den hart bedrängten Kollegen in Berlin zu überweisen.“

Mit diesen lächerlich geringen Summen werden die Berliner Innungsmacher noch nicht einmal den Reintzen Teil ihrer Drohkohlenfahrten beitreten, geschweige denn einen durch den Boykott hart bedrängten Bäckereimeister

unterstützen können! Genau so wie mit der Prahlerei und Ausschneiderei der Vorarbeiten zum Streik — von denen nichts mit der Wirklichkeit übereinstimmt — so sieht es auch mit der Ausschneiderei jener Herren von der innungsmeisterlichen Solidarität aus! Der „solche Germaniaverband“ muß ein klägliche Fiasko nach dem andern erleben!

Das Leitblatt des Herren Bernard macht in Streitmärchen von dem bekannten üblen Geruch! Hierunter muß der folgende erfindene und erlogene Witz rubriziert werden, den jenes Blatt abdruckt:

Auf den Cynismus, welcher in der Boykottleitung in der Rosenthalerstraße herrscht, wirft das Nachfolgende ein großes Licht, und mögen die noch schwankenden Kollegen die darin liegende Lehre beherzigen! Am 10. Juni kommt zu dem Leiter des Bezirks „Nordsee“ (Kollegen W.) ein Kollege, sich darüber beklagend, daß er am Morgen als ein die Bewilligung Zurückziehender im „Vorwärts“ gehandelt hätte, also boykottiert wäre, trotzdem er Tags vorher eine darauf hingehende Unterschrift verweigert und das Blatt nicht herausgegeben habe. — Wir lassen nun den Kollegen selbst erzählen: „Ich ging also gegen Mittag nach dem Bureau in der Rosenthalerstraße, und als beschreibender Vädernmeister trat ich mit dem Gut in der Hand ein, trotz rings alles mit den Kopfbedeckungen stand und sah, und wartete, daß an mich die Reihe kommen sollte. Es wurde nun dem Herrn Veschold durch einen Genossen eine Unregelmäßigkeit aus Rixdorf berichtet, welche vorläufig dadurch ihre Erledigung fand, daß ein Madler sofort hinausfahren mußte, um zu untersuchen und nach Befund der Sache das weitere zu veranlassen. Es trat ferner ein anderer Genosse vor, um wieder über einen Meister zu berichten, und knüpfte daran die Frage: „Was machen wir mit dem?“ Darauf die kurze cynische Antwort: „Den lassen wir absterben!“

Wir lief es bei diesen Worten kalt über den Rücken; ich brühte mich seitwärts und verließ still das Lokal, um zu Ihnen zu kommen, Ihnen meine Unterschrift und das Blatt zu geben.“

Hieran irgend welche Schlussfolgerungen zu knüpfen, halten wir für überflüssig, es kann und muß sich jeder Kollege die Nutzenanwendung selbst ziehen.“

Derartigen Schwandel hatten wir erwartet, er ist genau so plump erfunden, wie die Märchen bei unseren früheren Streiks, und glauben tut dieser Gesellschaft doch kein ehrlich denkender Mensch mehr etwas! Sie zeigen mit ihren Lügen und Gemeinheiten eben wieder nur, daß sie gar nicht wagen, sich gar nicht zumuten, mit ehrlichen Mitteln gegen uns anzukämpfen zu können!

Zu welchem Angstprodukt Herr Bernard fähig ist, das beweist er in folgender Bekanntmachung:

„Die Leiter des Berliner Vädernstreiks und Boykotts haben die Väderngesellen Berlins zu einer Dampferpartie am Dienstag den 21. d. M. ein. Wir rufen den Kollegen, ihre treu zu ihnen haltenden Gesellen zu veranlassen, sich an dieser Partie nicht zu beteiligen. Bei der Voshastigkeit jener Leute ist eine neue Niedertracht dadurch zu erwarten, daß man die Rückkehr so verspätet, daß es den in Arbeit befindlichen Gesellen benommen wird, rechtzeitig oder überhaupt zur Arbeit kommen zu können.“

J. Bernard, Obermeister.

Armer Mann! Für Dich ist es ein großes Glück, daß Dein Abblät Wintmann in Hamburg schon sehnsüchtig auf Deine Scheidestunde wartet, denn sonst könnten die Germaniadeutschen noch manche Ueberraschung mit ihrem Bernard erleben!

Herr Bernard kann aber auch anders, denn er empfiehlt seinen Kollegen, keine Verhandlungsmitglieder in Arbeit zu nehmen, und um in dieser Weise mit dem nötigen „Schneid“ vorzugehen, wurden in einer Anzahl Vädernereien den Gesellen gedruckte Zettel etwa folgenden Inhalts zur Unterschrift vorgelegt:

Ich Entschuldigter erkläre hiermit, daß ich die Forderungen der Gesellen nicht anerkenne, sondern nur den Forderungen der Meister nachkomme. Unterzeichnete Gesellen wie Meister halten sich nicht für verpflichtet, vor das Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts zu gehen.

Unterschrift des Meisters
Unterschrift der Gesellen

Ein Teil der Gesellen, trotzdem ihnen zu verstehen gegeben wurde, daß sie Nachteile haben würden (Entlassung selbstverständlich), hat das Annehmen, diesen Verrat an ihren Kollegen zu begehen, entschieden zurückgewiesen. Ein alter verheirateter Kollege hat uns unter Tränen berichtet, daß er nur angesichts seiner zahlreichen Familie (in der noch zum Ueberflus Krankheit und Not eingezogen) diese entwürdigende Unterschrift geleistet hat. Dieser und noch eine Reihe anderer Kollegen protestieren mit Entrüstung gegen die von ihnen unter dem Tande der wirtschaftlichen Verhältnisse erpreßten Unterschriften. Wir gönnen der Innung den Ruhm, dann mit solchen „Grundgebungen“ zu parodieren, deren moralischer Niedersand bei jedem anständigen Menschen Gel und Verachtung erragt.

Während auch noch das Stuttgarter Organ des Herrn Käberer in der ihm eigenen komischen Weise über alles, was von unserer Seite in dem Berliner Kampfe unternommen ist, wie ein Hochritsch schimpft und darin auch der „Profabrikant“ ihm als getreuer Eckhardt zur Seite steht, hat es das „Leipziger Centralblatt“ unter seiner Würde, noch ein Wort zu dem Kampfe in Berlin zu verlieren.

Inzwischen hat sich in Berlin im Kampfe verdammt wenig geändert. Einige Meister haben im Laufe der Woche wieder ihre Bewilligung zurückgezogen; genau so viele haben sich aber auch zum zweiten Male zu dem Gange entschlossen, ihre zurückgezogene Bewilligung aus neue einzureichen, so daß die Linie der geregelten Betriebe denselben Weg im „Vorwärts“ einnimmt, als am Sonntag vorher!

So konnte denn auch Kollege Schneider in der gut besuchten Mitgliederversammlung am 16. Juni erklären, daß auch jetzt noch täglich Briefe oder persönliche Erklärungen von Meistern im Verbandsbureau eingehen, des Inhalts, daß sie ihre Bewilligungen keineswegs zurückgezogen hätten, vielmehr annehmen, daß ihre Unterschriften unter den angeführten Grundgebungen gesalbt sein müßten. Der Kollege hat dann bemerkt, daß Schneider: Wenn die Verbandsleitung auch nur ein einziges Mittel gegen nicht-mitglieder Gesellen gearbeitet hätte, wie das der Boykott-Verbot der bewilligten Meistern gegenüber ist, was bedeutet die Mitglieder der Streikleitung einige Zeit hinter die Herde der Gesellen gekommen wären. Veschold ist ganz besonders auf die vielfachen Entlassungen der Innungsmitglieder ein. So heißt es in einem dieser Organe, der Vädernverband hätte nur 700 Gesellen während des Streiks in Leben gebracht, ein Zeichen, wie gering die Be-

teiligung am Ausstand gewesen sei. In Wahrheit traten sofort 4088 Gesellen in den Streik, von denen circa 800 gleich am ersten Tage bei bewilligten Meistern wieder in Arbeit gingen; 3200 Gesellen sind bis zur Beendigung des eigentlichen Streiks von Verbands aus in Arbeit geschickt worden. Gegenwärtig zählt die Organisation der Gesellen in Berlin 4300 Mitglieder, von denen circa 4000, also vier Fünftel der gesamten Berliner Gesellen, zu den neuen Bedingungen arbeiten. Die Streikleitung ist sich bewußt, daß sie es mit einem verschlagenen Gegner zu tun hat, dem jedes Mittel recht ist, die Errungenschaften der Gesellen wieder illusorisch zu machen. Deshalb heiße es, die Organisation innerlich zu festigen, um nicht nur den gegenwärtigen Kleinriegel siegreich zu Ende zu führen, sondern auch etwaigen neuen Ueberraschungen der Innungen kampfergütet die Spitze zu bieten.

Wieder etwas zur Lehrlingsfrage.

Daß die Lehrlingsjücherei in wenigen Berufen von so verderblichen Folgen begleitet ist wie in der Väderei, das bedarf in unserem Blatte keiner weiteren Auseinandersetzung. Es läßt sich auch nicht leugnen, daß die zahlreichen statistischen Arbeiten des Verbandes, die Statistik von Vebel, die Arbeiten der Reichskommission für Arbeiterstatistik, die Aufklärungen in der Arbeiterpresse, die Verhandlungen des Reichstages und so manche Gerichtsverhandlungen viel Licht in das Vädergewerbe hineingetragen haben, sodaß es sich mancher pflichtbewußte Vater wohl überlegt, ob er seinen Sohn dem Vädergewerbe zuführen soll. Es giebt wieder manchen Ort in Deutschland, wo nun die Innungen über Lehrlingsmangel klagen, wo sie in den kleinsten Provinzialblättern zur Zeit des Schlußschlusses Lehrlinge suchen und dabei in oft aufdringlicher und den Tatsachen recht wenig Rechnung tragender Weise die Verhältnisse im Vädergewerbe darstellen. Auf die Gefahren des Berufes in gesundheitlicher Beziehung, auf die Arbeitszeit, die Entlohnung, die rasche Abnutzung der körperlichen Kräfte, die schlechten Aussichten in denselben wird dann natürlich nicht aufmerksam gemacht. So kommen viele junge Leute in eine Tätigkeit, in der sie bald erkennen, daß sie eine schlechtere Wahl kaum hätten treffen können. Aber dann ist es natürlich viel zu spät, dann sieht man nur das graue Gend vor sich, aber selten wird es möglich, die Fessel wieder abzuwerfen.

Unlängst kam uns ein Buch zur Hand, das sehr viel Belehrung über die Gesundheitspflege verbreitet und von einem Fachmann verfaßt ist, eine Veröffentlichung des deutschen Vereins für Volkshygiene, „Berufswahl und körperliche Anlagen“, (München. Verlag von R. Oldenbourg. Preis 40 S.), die wir unseren Lesern und den Bibliotheken der Fachstellen recht warm zur Anschaffung empfehlen. In den Kapiteln: Auge und Berufswahl, Berufswahl bei Störungen und Fehlern im Knochenstystem und bei Gelenken, und in dem Abschnitt über Brustorgane und Berufswahl finden wir unsern Beruf erwähnt. Es wird sehr richtig darauf hingewiesen, daß auf die Beschaffenheit der Augen und auf die Sehkraft bei der Berufswahl nur äußerst selten Rücksicht genommen wird und doch müßte sich jeder sagen, daß kein Organ durch die tägliche Arbeit mehr in Anspruch genommen wird, und weniger zu entbehren ist, als das Auge: es muß sich jederzeit einer anderen Stellung anpassen und für die verschiedensten Entfernungen einstellen können. So erscheint es unbedingt nötig, daß jeder, ehe er einen Beruf erwählt, sich über die Anforderung, welcher dieser an das Auge stellt, orientiert. Normale und völlig sehtüchtige Augen besitzt nur ein Teil der Menschen. Sehr häufig sind schwache und kurzfristige Menschen. Die Fehler können angeboren oder im Leben erworben sein. Besonders häufig sind sie bei krophulösen und schlechtgenährten Kindern der unemittelten Klassen, aus denen sich ja fast alle Vädernlehrlinge rekrutieren. Die Nerven auf der Hornhaut stören das Sehvermögen, indem sie das Eindringen des Lichtes verhindern, die Lichtstrahlen zerstreuen. Ein solch schwachsehtüchtiger wird immer Schwierigkeiten haben, trotz des festen Willens und langam Fortschritte machen. Er wird ganz ohne seine Schuld als ungeschickter und ungelehriger Mensch erscheinen und deshalb bald auch selbst die Lust an seinem Berufe verlieren, nach vollendeter Lehrzeit nur mangelhaft ausgebildet sein. Es ist leider oft nur ein Zufall, der einen solchen jungen Mann zum Augenarzt führt, wo er dann über die Ursachen seiner Mängel, auch oft über den Grund von Kopfschmerzen, leichter Ermüdung bei der Arbeit usw. aufgeklärt wird. Noch bedenklicher ist oft die Kurzsichtigkeit, sie stört insbesondere dort, wo Nacharbeit zu verrichten ist. Die Beschwerden zeigen sich oft erst in späteren Jahren, wenn ein Berufswechsel mit großen Schwierigkeiten verknüpft und wenn die Notwendigkeit, eine im Beruf störende Brille zu tragen, sich ergibt. Für unseren Beruf tritt insbesondere die chronische Bindehautentzündung in Betracht. Leute mit dieser Krankheitsanlage sollen keinen Beruf ergreifen, in welchem sie viel dem Staub, Rauch und der Hitze ausgesetzt werden. Die erste Bedingung für die Heilung dieser Augenleiden ist der Aufenthalt in frischer und reiner Luft, Bedingungen, die für wenige Berufe so ausgeschlossen sind, wie gerade für den Vädernberuf.

Die Naschen bilden das Gerüst des menschlichen Körpers, die Meise beim stehenden Menschen gewissermaßen 2 Säulen, auf welchen der ganze Körper ruht. Junge Leute, die Anlage zum X-Bein oder Plattfuß zeigen, müssen deshalb von Berufen fern bleiben, welche ununterbrochen langes Stehen erfordern. Mit Recht berührt ist in dieser Hinsicht der Beruf der Vädern.

Das dasjenige Organ, welches durch die moderne Industrie, aber auch durch eine Reihe alter handwerksmäßiger Gewerbe am meisten gefährdet ist, ist die Lunge. Durch erhöhte Jaucheprodukte bei Arbeiten in schlechter Luft und deswegen verstärkter Atmung wird die Lunge naturgemäß allmählich abgenutzt und ihre Leistungsfähigkeit sinkt. Hier kann bei der Berufswahl viel Unglück vermieden werden, indem junge Leute mit nicht vollkommen gesunden Lungen gewissen gefährlichen Berufen nicht zugeführt werden, um sie vor frühem Siechtum zu bewahren. Gerade das jugendliche Alter ist durch Lungenerkrankungen und vor allem durch die Lungenschwindsucht im höchsten Grade gefährdet. In diesem Alter nehmen sehr häufig Lungenerkrankungen ihren Anfang, in der Regel ist ihr Verlauf ein sehr rascher. Personen, die aus Familien, welche Lungenerkrankte, vor allem schwindsüchtige Mitglieder, aufweisen, erkranken viel leichter, wenn diese oder jene Schwindsüchtigkeit hinzukommt, wie die Abfommlinge gesunder Personen. Eine erbliche Belastung muß auch dann angenommen werden, wenn in der Familie Krüppelnde, Knochen- oder Gelenkerkrankungen, Gehirnhautentzündungen beobachtet werden, denn diese Erkrankungen sind ebenso wie

die Lungenschwindsucht Verheerungen, die durch den Tuberkelbazillus hervorgerufen werden. Sehr viel größer ist natürlich die Gefahr einer Erkrankung, wenn das betreffende Individuum bereits in früheren Jahren an Lungentzündung, Brustfellentzündung, Spinnenkatarrh, Keuchhusten gelitten hat, Eiterungen an den Knochen usw. durchgemacht hat, oder wenn diese Prozesse noch nicht zur Abheilung gelangt sind. Aber auch wenn diese Bedingungen nicht vorliegen, kann doch eine Erkrankung der Lunge durch andere Momente begünstigt werden. Als solche sind anzuführen Störungen der Ernährung durch langandauernde Magen- oder Darmleiden, Störungen in der Nahrungsaufnahme, häufige Katarrhe der oberen Luftwege, der Nase, des Rachens, des Kehlkopfes und mangelhafte Entwicklung des Brustkorbes. In allen diesen Fällen muß bei der Berufswahl Rücksicht auf den Körper genommen und in zweifelhaften Fällen unbedingt ärztlicher Rat erholt werden.

Ist eine Anlage zur Erkrankung der Lunge vorhanden, so sind für die betreffende Person alle jene Berufe als schädlich zu bezeichnen, welche den Arbeiter zum Aufenthalt in geschlossenen, schlecht ventilierten Räumen zwingen und welche bei ihrer Ausübung eine Staubentwicklung zum Gefolge haben, denn um die Lunge gesund zu erhalten, ist nichts notwendiger, wie frische Luft. Daraus ergibt sich, daß Personen, welche eine kranke Lunge haben oder erkranken, von den sogenannten Staubgewerben fernzuhalten sind. Zu diesen gehören nicht in letzter Linie die Berufe der Müller und der Vädern.

Die Kollegen werden nicht selten Gelegenheit haben, die hier gemachten Ausführungen zu verwerten, wenn sie Anlaß nehmen können, abzurufen, daß junge Leute den Vädernberuf ergreifen sollen.

Aus unserem Berufe.

In der Straßsacke

gegen den Redakteur Emil Oskar Eduard Karl Allmann, Hamburg, wegen Beleidigung, hat das Schöffengericht I zu Hamburg am 11. Januar 1904 für Recht erkannt:

Der Angeklagte wird auf Grund von §§ 185, 186, 200, 73 St. G. B., 20 des Gesetzes über die Presse, § 497 St. P. O. zu 200 M Geldstrafe, im Unvermögensfalle zu 20 Tagen Gefängnis und in die Kosten des Verfahrens verurteilt.

Dem beleidigten Vädernmeister Ludwig Vertram jr. in Boppard ist auf Kosten des Angeklagten eine Ausfertigung des Urteils zu erteilen. Falls er es beantragt, ist der verfügbare Teil des Urteils durch die Deutsche Vädern-Zeitung bekannt zu machen und zwar unter der Rubrik „Aus unserem Berufe“ im textlichen Teile. Derselbe wird ferner besagt, den Urteilsstenor auf Kosten des Angeklagten einmal in der Bopparder Volkszeitung binnen einem Monat nach Rechtskraft des Urteils zu veröffentlichen. (gez.) Brach. (gez.) Cohn.

Die Brodfabrik Mathias Dender in Eiberfeld stellte am 15. d. M. die Zahlungen ein. In der am Freitag stattgefundenen Gläubiger-versammlung teilte der Vertreter Denders mit, daß die zu zahlreich errichteten Zweigstellen die Ursache seien. Den Vermögenswerten von 64000 M stehen 198000 M Verbindlichkeiten gegenüber. Im Falle eines Konkurses würden höchstens 12—15 Proz. zu erzielen sein. Die Versammlung nahm daher ein Angebot von 45 Proz. an, die ab 1. Oktober in vier vierteljährlichen Teilzahlungen zu entrichten sind. Davon wurden 40 Proz. garantiert. Ob nicht auch der hartnäckige Standpunkt des Herrn Dender bei dem in diesem Betrieb im vorigen Jahre von ihm selbst heraufbeschworbenen Streik und Boykott an dieser Sache sein gut Teil dazu beigetragen hat?

In Worms halten es unsere Kollegen nicht für nötig, sich dem Verbands als Mitglieder anzuschließen, trotzdem in dortigen Vädernereien noch die größten Mißstände herrschen. Zufällig kam kurz vor Wintgen ein Mitglied unseres Verbandes bei Herrn W. Wilsch in Worms in Stellung und mußte täglich 14 bis 15 Stunden arbeiten. Die Arbeitszeit beginnt abends 11 Uhr und endet gewöhnlich mittags 2 Uhr. Vor 3 Uhr kommt das Mittagessen nicht auf den Tisch. Dann heißt es ins Bett, denn um 7 Uhr wird wieder geweckt. Wenn man mit dem Vortag fertig ist, wartet man bis — 10 Uhr. Beschwerden werden mit der Antwort: „Ihr habt ja nichts zu verjäumen“ abgeblasen. Hier wird Sonntags gar keine Ausnahme gemacht. Und für diese Arbeit zahlt dieser Mann sage und schreibe — 7 M. Davon gehen wöchentlich noch 52 S für Kranken- und Invalidenversicherung ab. Bei einem Versehen des Lehrbuben droht er ihn mit dem Messer zu erschrecken. Dieser ist im 2. Lehrjahre und hat dieselbe Arbeitszeit wie ein Geselle. Da der Meister von hier keinen Durchein erhält, geht er nach Ludwigshafen und Umgebung.

Eine etwas starke Zumutung richtet ein Vädernmeister und Weinquatsbesitzer an den Redakteur unseres Fachblattes. Durch den Titel unseres Blattes irreführend, nimmt der Mann an, daß unser Fachblatt ein Innungsorgan sei, denn er sendet eine Annonce (Empfehlung von Mostwein) ein, mit dem Angebot, diese regelmäßig wöchentlich in das Blatt aufzunehmen und für den Beitrag soll unser Redakteur von dem Herrn Wein in Gegenrechnung nehmen, wie das von 4 anderen Vädern-Innungsblättern die Redakteure auch tun! — Dem guten Mann wurde geantwortet, daß weder der Redakteur noch die Leser des Blattes besondere Weinkenner sind und insolge ihres niederen Verdienstes auch keine Weinreube sein können. Er solle seine Geschäfte auch fernerhin mit den angeblich so schlecht gestellten Innungsmeistern und den Redakteuren ihrer Innungspressen weiter machen, uns aber mit solchen Zumutungen verschonen!

Eine „saubere“ Väderei betreibt Herr Köhler in Wehlar. Ein dort beschäftigt gewesener Geselle hat der Polizei darüber interessante Einzelheiten mitgeteilt, worauf bereits eine Revision stattgefunden hat. Unserm Gewährsmann wurde eine Probe von dem verwendeten Staubzucker überreicht, die mit allerhand Schmutz, Papierseifen, Rattendreck usw. verunreinigt war. Die Probetücher sollen teilweise gestunken und das Prod aus einer Blechbüchse gebräunt worden sein, die vorher Wagenfahrmilch enthielt! Daß diese Schweinerei nicht eher entdeckt wurde, beweist die Mangelhaftigkeit der Kontrolle. Schlimm genug ist es ja auch, wenn die dort beschäftigten Leute nicht früher Mitteilung machten; man weiß ja allerdings, daß ein Eingreifen ihrerseits gleichbedeutend mit Aufgabe der Arbeitsstelle ist. Gegen den genannten „Vädernmeister“ (siehe er sich als solcher etablierte, war er Tagelöhner) wurde am Gewerbegericht schon öfters geklagt.

Er entließ die Leute wiederholt ohne Sündigung aus nichtigsten Gründen. Dessen waren die Gesellen ausgeperrt, wenn sie bis abends 10 Uhr nicht zu Hause waren; wenn sie sich beschwerten, flogen sie eben heraus. Dieser Stillestand nun die Klage auf Entschädigung wegen solcher widerrechtlichen plötzlichen Entlassung gegen Herrn Köhler an und da er sich auf einen angeblichen Vergleich nicht einließ, fällt das Gericht das Urteil, nach welchem Köhler für eine Woche den ordentlichen Lohn an den Kollegen als Entschädigung zahlen muß. — Ob sich der Herr nun ein anderes Verhalten seinen Gesellen gegenüber angelegen sein läßt?

Einen schönen Erfolg haben die 5 Kollegen in der Bäckerei Seidl in Augsburg erzielt, indem sie durch einmütiges Vorgehen 2 M Lohnerhöhung pro Woche für den Mäcker und für die jüngeren Kollegen je 1 M erhielten. Der Erfolg ist doppelt erfreulich, da diese Kollegen noch junge, aber recht eifrige Mitglieder sind, was sie nun auch alle bleiben werden!

Verdiente Strafe. Das frühere Mitglied unseres Verbandes Paul Treptow hatte im vorigen Herbst als Kassierer der Zahlstelle Weiskens 29,13 M Verbandsgebeur unterschlagen und war von uns zur Anzeige gebracht worden. Am 16. Juni hatte er sich in dieser Sache vor dem Schöffengericht Raumburg zu verantworten und erhielt 6 Wochen Gefängnis zubüßt.

Zunahme der Fabrikbetriebe. Nach dem Bericht über die Gewerbeaufsicht in Preußen für 1903 weisen die einzelnen Industriezweige zahlreiche Verschiebungen in der Zahl der Fabriken auf. Abgesehen von den Werkstätten der Kleider- und Wäscheherstellung, weisen die größten Zunahmen auf die Bäckereien und Konditoreien mit 464, die Meiereien mit 405, die sonstige Industrie der Nahrungs- und Genußmittel mit 491. Eine bemerkenswerte Abnahme hat nur bei den Getreidemöhlen um 345 stattgefunden.

Wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz stand der Bäckermeister Robert Cramer aus Weiskens vor der Strafkammer in Götting. Er hat sich insofern gegen das Gesetz vergangen, daß er verdorbene Eier und schlecht gewordene Margarine zum Backen verwendet hat, und zwar auf die Frage eines Lehrlings hin mit der Begründung: „Es hält sich aus!“ Der Strafantrag lautete auf 3 Monate Gefängnis. Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten zu 1 Monat Gefängnis.

Zu einer Klage vor dem Gewerbegericht Leipzig-Land gegen die Verwaltung des Konsum-Vereins Leipzig-Entzsch sah sich die Mitgliedschaft Leipzig veranlaßt. Den Grund hierzu bildete die Nichtbezahlung der freien Nächte an Ostern, Pfingsten und Weihnachten. Während seit nunmehr 5 Jahren in dem Betriebe die dort beschäftigten Bäcker in den Feiertagswochen stets für 6 geleistete Schichten die freie Nacht mitbezahlt erhielten und die anderen Bäcker, sowie das übrige Personal für 5 Schichten 6 Schichten bezahlt bekamen, entdeckte Anfang dieses Jahres die Geschäftsleitung auf einmal, daß bisher für die Bäcker der Nachtschicht eine Schicht zuviel gezahlt wurde. Obwohl man bei der Lohnbewegung im Jahre 1900 die Forderung der Organisation betreffs der drei freien Nächte bewilligte und auch bezahlte, konnte aber leider keine Rücksprache des Arbeiterausschusses sowie schriftliche und persönliche Aussprache des Vorsitzenden der Mitgliedschaft die Verwaltung zur Zurücknahme ihres feindlichen Beschlusses bewegen. Eine Sitzung vor dem Gewerbegericht konnte beide Parteien die Bäcker hatten durch Vollmacht den Vorstand der Mitgliedschaft beauftragt zu keiner Einigung führen. Eine erneute Verhandlung mit Beisitzern führte zu einer ziemlich langen Sitzung, in der das willkürliche Vorgehen der Leipziger Verwaltung scharf verurteilt wurde. Die Gründe, welche die Verwaltung veranlaßt hatten, Abzüge zu machen, waren die, daß man mit der Konkurrenz zu rechnen habe und der Leipziger Konsumverein, der mehr Lohn zahle, als wie von der Gewerkschaft verlangt werde, wäre nicht in der Lage, diese nicht geleistete Arbeit an den drei freien Nächten zu zahlen. Das Gericht hat in seinem Urteil die Bäcker mit ihrer Klage abgewiesen, weil vom rechtlichen Standpunkte aus dem Unternehmer das Recht zustehe, Abzüge zu machen, wenn er seine Arbeiter vorher davon unterrichtet, gleichviel ob das Gefürzte früher jahrelang bestanden hat. Daß es für die dort beschäftigten Bäcker hart sei, daß diese Abzüge gemacht wurden, sieht das Gericht ein. Und obwohl man mit den Leistungen der Bäcker von Seiten der Verwaltung zufrieden sei, so hätten sie, wenn sie nicht einverstanden waren, das Arbeitsverhältnis lösen müssen. Durch das Weiterarbeiten habe man sich mit dem neuen Arbeitsverhältnis abgefunden.

Der Verwaltung des Leipziger Konsum-Vereins ist also das selbe Recht eingeräumt, wie jedem kapitalistischen Unternehmer. Und von dem Grundgedanken ausgehend, an den Arbeiterlöhnen von unten zuerst zu sparen, hat der Leipziger Konsumverein, der eine Arbeiter-Genossenschaft sein will, sich auf den nackten Standpunkt des modernen Kapitalisten gestellt. Vielleicht läßt dieses Urteil die Verwaltung des Konsumvereins auf ihren errungenen Lorbeeren nicht ruhen und beglückt unsere dortigen Kollegen bald mit einer verbesserten Auflage in bezug auf Lohnabzüge; dann wird es an uns liegen, diesen Schlag mit Hilfe unserer Organisation abzuwehren.

Geheimnisse der Backstube. Das Schöffengericht in Zürich i. V. verhandelte gegen den Bäckermeister Georg Otto wegen zweier Vergehen wider das Nahrungsmittel-Gesetz. Ein Bäckergehilfe, der früher bei Otto beschäftigt war, hatte gegen denselben die Anzeige gemacht, daß er einen Sad Mehl, in dem zwei verendete Mäuse gefunden wurden, zum Brotbacken verwendet, und daß er das Milchgeß zum Mundausspülen und zum Aufbewahrungsort für sein künstliches Gebiß verwendet habe. Der reinliche Bäckermeister wurde zu 100 M Geldstrafe oder 10 Tagen Gefängnis verurteilt.

Die Bäckereinnung (freie) Augsburg gibt im Bericht über das Wirtschaftsjahr 1903 für den Kreis Schwaben folgenden Stoßseufzer zu sich:

„Die Löhne unserer Arbeiter sind trotz des immer geringer werdenden Absatzes eher etwas höher (!) geworden und in mancher Bäckerei steht der Lohn zu der zu leistenden Arbeit in keinem Verhältnis. (Das glauben wir sehr gerne! D. Neb.) Der Maximalarbeitstag bildet noch immer ein Schmerzenskind unter den uns berührenden Gesetzen. Manchesmal ist es absolut nicht möglich, (vor lauter Müdigkeit!) D. Neb.) in den 12 Stunden fertig zu werden. Ist eine gelegentliche Dienstleistung, wie sie der Geheißgeber zu nennen beliebt und welche von Gesetzeswegen erlaubt

ist, notwendig, so sind die Gehilfen selten mehr dazu zu haben. Es ist dies ein Ergebnis des Maximalarbeitstages, dessen Einführung viele derartige Auswüchse zeitigte.“

Daß die „Datschburger“ Selben vom Trug Gegner des Maximalarbeitstages sind, das wissen wir schon lange, hätten aber nicht geglaubt, daß sie noch um mehr als 100 Jahre zurück sind. Sie scheinen eben die wirtschaftliche Entwicklung im Bäckergewerbe verschlafen zu haben. Wichtig ist, wenn die Zinnung schreibt, daß die Löhne „etwas“ höher geworden sind. Verdiente doch vor 100 Jahren ein Bäckerknecht in Augsburg 1 1/2 bis 2 Gulden und heute sind hier die am meisten bezahlten Löhne 4-5 M bei halber Kost. — Sie jammern gleichfalls über die Beschränkungen, die ihnen die Bundesratsverordnung auferlegt und über immer geringer werdenden Absatz, haben aber auch nicht das geringste Recht hierzu. Denn erstens halten sie den Maximalarbeitstag nicht ein, sie empfinden also die Beschränkungen nicht und an dem immer geringer werdenden Absatz ist niemand anders schuld, als die Herren selber. In der Lehrlingszuchterei wie auch in der Ausbeutung derselben stehen die Bäckermeister von allen Gewerben hier an der Spitze, aber man kann noch von einer so rücksichtlosen Gesellschaft wie die Bäckermeister nun einmal nicht verlangen, zu begreifen, daß sie sich mit jedem Lehrling auch einen neuen Konkurrenten züchten! Weiter auf diesen blödsinnigen Ergruß einer so kleingeistigen Ausbeuterzuchterei einzugehen, halten wir für überflüssig. Ueber kurz oder lang werden die Herren ja doch etwas begreifen müssen, was sie sich heute auch nicht einmal träumen lassen.

Bäckerbewegung im Auslande.

Der Kampf der französischen Bäckerei-Arbeiter. Zu derselben Zeit, wo hier in Deutschland unsere Kollegen an vielen Orten im Kampf um eine Besserstellung ihrer Daseinsbedingungen mit dem Unternehmertum ringen, finden auch heftige Kämpfe in Frankreich statt. Mit einem glänzenden Siege hat die Bewegung der Kollegen in Paris geendet. Am 28. Mai fanden dort große Umzüge und Demonstrationsversammlungen statt. Der Kollege Bousquet, der Leiter des französischen Bäckerarbeiterverbandes war von Paris gekommen, von den Kollegen am Bahnhof empfangen und im Zuge, die Fahne am Kopfe, nach dem Versammlungsort geleitet worden. Hier waren über 2000 Kollegen anwesend. Nach einem Streit von wenigen Tagen kam zwischen der Unternehmerorganisation und der Gewerkschaft folgende Vereinbarung zu Stande: Artikel 1. Vom heutigen Tage an ist für die Bäckerarbeiter der Stadt Paris und Umgebung die Nachtarbeit abgeschafft. Artikel 2. In Bäckereien, wo in der Regel wenigstens drei Schub pro Tag gebaden werden, ist des Sonntags ein Schub weniger zu baden. Um diesen Schub zu ersetzen, ist es gestattet, am Sonnabend oder an einem anderen Tage der Woche einen mehr zu baden. Artikel 3. Die Arbeitszeit der Bäckerarbeiter beträgt um 5 Uhr morgens. Artikel 4. Bäckermeister, welche ausnahmsweise, um ihre Kundschäfte zu genügen, die Arbeitszeit vor 5 Uhr morgens beginnen lassen wollen, haben für die Zeit vor 5 Uhr morgens den festgesetzten erhöhten Stundenlohn zu zahlen. Artikel 5. Kein Arbeiter darf wegen Teilnahme an dem Streik entlassen werden. Die Streikenden werden zu den gleichen Löhnen eingestellt. Artikel 6. Die Meister, welche den gegenwärtigen Vereinbarungen beitreten, verpflichten sich, denjenigen ihrer Kollegen, welche dem Vertrag entgegenhandeln, kein Brot zu liefern. Dieser Vertrag wurde im Beisein des Friedensrichters und des Bürgermeisters von Paris abgeschlossen und von den beiderseitigen Leitern der Meister- und Gesellenorganisation unterzeichnet.

Auch in Limoges war es unseren Kollegen vor kurzem gelungen, die Abschaffung der Nachtarbeit durchzusetzen; die Meister hatten sich unterschrieben hierzu verpflichtet. Nur einige Meister machten eine Ausnahme und hielten sich nicht an die Abmachungen. Die Gehilfen veranstalteten deswegen einen Umzug und demonstrierten gegen die kontraktbrüchigen Meister. Einer derselben schoß mit dem Revolver auf die Manifestanten; da ihm dieser zu wenig Wirkung versprach, holte er ein Gewehr und schoß auf die Menge, wobei ein junger Mann von 20 Jahren am Bein verletzt wurde, so daß er nach dem Krankenhaus gebracht werden mußte.

In Orient sind die Bäckergehilfen ebenfalls in eine Bewegung eingetreten. Die Unternehmer haben die Forderungen zum Teil bewilligt. Die Gehilfen bestehen aber auf die Bewilligung sämtlicher Forderungen und dürfte es wahrscheinlich zum Streit kommen.

Die Revisionen der Bäckereien scheinen in England mit größerer Sorgfalt als bei uns vorgenommen zu werden. So berichtet der Sanitätsinspektor von S. Albans an seine vorgesetzte Behörde, daß er im letzten Quartal 416 Bäckereien besuchte. In 66 Betrieben hatte der Inspektor Ausstellungen zu machen. 47 Besuche wurden infolge von ansteckenden Krankheiten gemacht. Besonders eingehend wurden die unterirdischen Bäckereien revidiert. Drei Bäckereien wurden auf Veranlassung des Inspektors geschlossen, weil sie den Anforderungen des Gesetzes nicht entsprachen; drei anderen wurde aufgetragen, in kürzester Frist die nötigen Umbauten vorzunehmen.

Ebenso energisch gehen die englischen Gerichte gegen die Gesetzesübertreter vor. So wurde, wie wir dem englischen Meisterorgan entnehmen, vor kurzem ein Meister in Latham zu 20 M und die Kosten in einem Falle und zu 5 M und die Kosten in zwei Fällen verurteilt, weil er am Charfreitag drei weibliche Personen vor 6 Uhr morgens in der Bäckerei beschäftigt hatte. Gegen eine Anzahl anderer Meister wurden Strafen von 10 Schilling wegen desselben Vergehens verhängt. Ein Meister in Pontpool wurde mit 20 M Geldstrafe belegt, weil er einen jugendlichen Arbeiter von morgens 7 Uhr bis 10 Uhr abends beschäftigt hatte.

1500 Bäckergehilfen von Boston (Nordamerika) stehen im Streit; sie fordern die 10stündige Arbeitswoche und einen Lohn von 72 M für Vorarbeiter und 60 M für zweite Kräfte. — Betrachten wir dagegen, um was wir hier in Deutschland zu kämpfen haben.

Zum Streit in der Zürcher Brotfabrik A.-G. Derselbe muß heute als für verloren erklärt werden. Jedoch bleiben der über das Geschäft verhängte Pöbel und die Sperre bestehen. Schon lanee gährte es unter den Arbeitern obengenannter Firma. Wurden doch in diesem Betriebe, welcher auf das modernste eingerichtet ist, die Arbeiter derart ausgebeutet, was jeder Beschreibung

spottet. 14-16stündige Arbeitszeit bei 120-135 Fr. Monatsgehalt, ohne Einhaltung der gesetzlichen Pausen, waren an der Tagesordnung. Die Arbeiter waren sich voll und ganz bewußt, daß hier mit ihrem Gut, mit ihrer Arbeitskraft, Schindkuderei getrieben wird. Um diesem abzuhelfen, richteten die Arbeiter eine Eingabe an die Betriebsleitung mit dem höchsten Ersuchen auf Abschaffung dieser Mißstände. Doch die Betriebsleitung der Brotfabrik fühlte sich nicht veranlaßt, ihren Arbeitern zu antworten und so wurden im Laufe von 2 1/2 Monaten im ganzen drei Eingaben gemacht, jedoch mit dem gleichen Resultat. Eine Delegation, die persönlich vorstellig wurde, erhielt teils eine ausweichende, teils eine ablehnende Antwort. Nun war die Erbitterung der Arbeiter aufs höchste gestiegen und sie beschlossen in einer am 12. Mai stattgefundenen Werkstättenversammlung, die Arbeit nicht früher wieder aufzunehmen, als bis ihre beschiedenen Forderungen bewilligt sind. Die Forderungen lauteten: 1. Pro Mann und Tag die Gratisabgabe eines Kilogramm Brotes für den Familienbedarf; 2. Abschaffung der Sonntagsarbeit; 3. Halbmonatlichen Jahrtag; 4. Einhaltung der gesetzlichen 12stündigen Arbeitszeit, Bezahlung der notwendigen Ueberstunden. Von diesem Versammlungsbeschlusse wurde die Betriebsleitung in Kenntnis gesetzt. Auch wurde eine Kommission bestimmt, die den Auftrag hatte, mit dem Geschäft zu unterhandeln. Wenn man bis dahin immer glaubte, ein beiderseitiges Wohlwollen voraussetzen zu dürfen, so hatte man sich sehr getäuscht. Es würde zu weit führen, müßte man die Argumente, mit welcher die Betriebsleitung die beschiedenen und gemäß berechtigten Forderungen abwies, anzuführen. Nur Einiges wollen wir hier festnageln und zwar, daß der Geschäftsführer der Betriebskommission sagte: „Lieber lasse ich mir den Kopf abhauen, bevor wir die Arbeiterorganisation anerkennen! Lieber schließe man die Bude, bevor man die horrenden Forderungen der Arbeiter bewilligt.“ Etwas schlauer war schon der Direktor der Gesellschaft. Derselbe verlangte noch 14 Tage Zeit zur Prüfung der Forderungen, da man ja in 2 1/2 Monaten nicht genügend Zeit dazu hatte. Auf dieses gingen nun die Arbeiter nicht ein. Der Betrieb war nun zum Stillstehen gebracht. Von Seite der Streikleitung war alles geordnet, um Streikbrecher fernzuhalten. Auch wurde das Einigungsverfahren des städtischen Arbeitsamtes angerufen. Für den Ausgang des Kampfes durfte uns nicht bange sein. So kam der Abend des ersten Tages; die Zeit des üblichen Arbeitsantrittes. Sämtliche Zugänge zum Geschäft waren mit Posten umstellt, welche eventuell Arbeitswillige abhalten sollten. Nun geschah etwas, was wir nie für möglich gehalten hätten. Nämlich vier Mann von den Streikenden, die vor noch nicht 24 Stunden geschworen hatten, die Arbeit nicht früher wieder aufzunehmen, als bis ihre Forderungen bewilligt sind, gingen wieder an die Arbeit, ihre Streikposten verlassend und somit zum Verräter an ihren Kollegen werdend. Auch die Postei brachte Streikbrecher. Ferner kam die eidgenössische Militärdirektion drei Mann, um den kämpfenden Bäckerarbeitern in den Rücken zu fallen. Auch gelang es, einige verfrachtete Bäckermeister in den Betrieb hineinzuschmuggeln. Nun konnte der Betrieb wieder aufrecht erhalten werden. Das von uns angerufene Einigungsamt wurde von der Brotfabrik bedingungslos abgewiesen. Nun wurde von der Streikleitung ein Flugblatt in 15 000 Exemplaren verbreitet, um das Publikum mit der ganzen Angelegenheit bekannt zu machen. Zugleich wurde über die Brotfabrik die Sperre und der Boykott verhängt. Der größte Teil der Zürcher Arbeiter-Genossenschaft und der Bäckerarbeiter sympathisierte mit den und ihre Existenz ringenden Bäckerarbeitern. Zweimal veranstaltete die Bäckergewerkschaft in Zürich einen Demonstrationzug zur Brotfabrik, um der Gesellschaft zu zeigen, daß die Bäckergehilfen mit ihren ausständigen Kollegen sympathisieren. Ferner war die Gesellschaft so frei, den Arbeitern ihren Lohn zurückzubehalten, um sich für den entstandenen Schaden schadlos zu halten. Die Streikleitung wandte sich in einem Aufruf an die gesamte schweizerische Arbeiterchaft um moralische und materielle Unterstützung, da sämtliche ausgeperrten Genossen Familienväter sind. Nun stehen die Ausgesperrten im Begriffe, eine Genossenschaftsbäckerei zu errichten und wenden sich auch hier um Unterstützung an die organisierte Arbeiterchaft und an das brotkonsumierende Publikum.

Bemerkenswertes aus den Mitgliedschaften.

Augsburg. Am 8. Juni fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Der Vorsitzende machte den Vorschlag, die Stadt in fünf Agitationsbezirke einzuteilen und Vertrauensmänner dort aufzustellen. Die Vertrauensmänner werden von den Vorsitzenden ernannt und haben sich diese hauptsächlich damit zu beschäftigen, verloren gegangene Mitglieder zu suchen und auf Anweisung die Beiträge derjenigen Mitglieder einzutreiben, welche bis zum Schluß des Monats nicht bezahlt haben. Weiter wurde beschlossen, einen gemeinsamen Ausflug ins „schwäbische Himmelreich“ zu machen, welches freudig begrüßt wurde.

Am 21. August findet das erste Stiftungsfest zur Erinnerung an das 5jährige Bestehen der Mitgliedschaft statt und berichtet der Vorsitzende des Festkomitees Ab. Groß über die bereits gemachten Vorarbeiten. Nach einem kleinen Vortrag des Kartelldelegierten Kollegen Birkenmaier über die Vorteile der Zentralisierung der hiesigen Ortskrankenkasse wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

In Bayreuth tagte am 19. Juni eine schwach besuchte öffentliche Versammlung. Die Bayreuther Kollegen fanden es nicht für nötig, alle an der Versammlung teilzunehmen und ließen lieber dem hurruparierenden Verein nach. Kollege Leidig aus Frankfurt hielt einen Vortrag über „die Lohnkämpfe und über die Zustände der Bäckereien sowie über Zweck und Ziel des Verbandes“. In der Diskussion sprachen die Kollegen Nasti und Vogel. Der Referent forderte die Kollegen auf, dem Verbands sich anzuschließen; einige Kollegen traten sofort dem Verbands bei. Unter Lokal ist jetzt der Hof, Raumburgerstraße, wo sich die Kollegen jeden Donnerstag von 2-5 Uhr einfinden. Die Zeitungabgabe ist von heute ab beim Verbandskollegen Schüller, Am Main 6.)

In einer leider nur schwach besuchten öffentlichen Versammlung in Durlach sprach Kollege Sankes aus Mannheim über das Thema: „Was wollen die organisierten Bäckergehilfen?“ In sachlicher Weise führte er den Anwesenden vor Augen, was durch die Organisation schon erreicht wurde, und was wir noch erreichen wollen. Er kritisierte das Verhalten des reaktionären Prozentums uns gegenüber, zergliederte den Streit der Berliner Kollegen und forderte die Kollegen in herzergreifenden Worten auf, sich dem Verbands anzuschließen, dem leider nur ein Kollege nachkam. In der Diskussion sprachen einige Karlsruhe Kollegen sowie ein Vertreter vom Gewerkschafts-

fortell. Letzterer versicherte den Kollegen volle Unterstützung in jeder Beziehung, wie Abschaffung von Mißständen, die in großem Maße vorhanden sind. Redner forderte nochmals zum Beitritt auf, worauf auch noch einige Kollegen versprochen, sich später aufnehmen zu lassen.

In Oberwalde wurde am 14. Juni eine öffentliche Versammlung einberufen, die äußerst gut besucht war. Kollege Höber aus Berlin hielt einen Vortrag, der mit großem Beifall aufgenommen wurde; er betonte, daß die Oberwalder Gesellen erst alle organisiert sein müssen, dann werden sie auch die Sympathie der Arbeiter auf ihrer Seite haben. Der Streik in Berlin hat bewiesen, daß nur dadurch etwas erzielt werden kann. Nach kurzer Diskussion wurden 5 neue Mitglieder für den Verband gewonnen.

Eine öffentliche Versammlung der Bäckergehilfen von Karlsruhe fand am Donnerstag den 16. Juni im Restaurant Mährlein statt, die sich mit der Tagesordnung: Der große Streik in Berlin und seine Bedeutung für die deutsche Arbeiterbewegung befaßte. Als Referent war Kollege Laues aus Mannheim erschienen, der in klaren Worten das Vorgehen des Berliner Streiks zergliederte, die grenzenlose Verhöhnung unserer Kollegen und vor Augen führte und den gewaltigen Schiffsbruch des Zentralarbeitsnachweises besprach. Er führte den Kollegen vor Augen, was durch das feste Zusammenhalten der Berliner Kollegen und die Stütze der Arbeiterschaft erreicht wurde und forderte die Kollegen auf, Mann für Mann dem Verbandsbeizutreten, um auch in hiesiger Stadt bessere Verhältnisse schaffen zu können. Lebhafter Beifall lohnte dem Redner. In der Diskussion sprachen noch einige hiesige Kollegen im Sinne des Referenten. Nach einem kernigen Schlusswort des Referenten ließen sich 5 Kollegen aufnehmen. Nachdem noch der Vorsitzende auf die nächste Mitgliederversammlung aufmerksam gemacht, in der die Neuwahl des Gesamtschiffes vorgenommen werden soll, folgte Schluß der Versammlung. Als einstweiliger Schriftführer wurde Kollege Frank ernannt.

In Köln tagte am 12. Juni eine öffentliche Brotbäcker-Versammlung, welche sehr gut besucht war. Kollege Deßmann sprach über: Welche Stellung nehmen die Brotbäcker zu den Mißständen der Brotfabriken Kölns ein? Der Referent wies besonders auf die Vorgänge in Ebersfeld und deren Tarifbewegung hin; es sei vor allem Pflicht eines jeden Brotbäckers, sich der Organisation anzuschließen, um endlich auch hier so vorzugehen. Er wies besonders darauf hin, das Bestreben des Verbandes sei, Tarifverträge abzuschließen ähnlich den Buchdruckern, welche dann zum Frieden für beide Teile seien und es unbedingt Zeit sei, hier in den Brotfabriken derart vorzugehen. Die Diskussion gestaltete sich sehr lebhaft. Herr März, Teilhaber der Rheinischen Brotfabrik, forderte die Kollegen selbst zum Verbandsbeizutreten und sagte, die Fabrikanten legen schon lieber eine Mark bei, denn ihre Kunden seien ihnen schon lieber als etwaiger Boykott. Herr Bäckermeister Nappan und die Kollegen Ditz, Mahler beteiligten sich an der Diskussion. Es ließen sich 12 Mann aus einer Fabrik aufnehmen, welche beim Vorsitzenden anfragen, ob sie im Falle eines Streiks auch unterstützt würden. Was vom Vorsitzenden Mäyerhofer auch zugesagt wurde, jedoch müßten sich die Kollegen eine Weile gedulden, bis man die nötigen Maßregeln getroffen hätte. Ferner wurde erwähnt, in Kürze mit den Werkstattdarstellungen vorzugehen. Die schon besuchte Versammlung wurde um 1/2 Uhr mit einem Hoch auf den Verband geschlossen. (Zum Kollegen der Brotfabriken! Größtenteils habt ihr euch schon der Organisation angeschlossen und es wird auch euch bald eine Besserung geschaffen werden, darum agitiere jeder, was in seinen Kreisen geht und beachtet pünktlich und regelmäßig die kommenden Versammlungen. D. Schriftf.)

Am 8. Juni fand in Königsberg eine Mitglieder-Versammlung statt, in dieser wurden der Kollege Kröze als Schriftführer und der Kollege Drost als Revisor gewählt. Dann wurde beschlossen, den früheren Revisor, Kollege Richter, nur dann wieder aufzunehmen, wenn eine regelmäßige Mitglieder-Versammlung hiermit einverstanden ist. Vom Kassierer wurden die Kollegen darauf aufmerksam gemacht, den Uhrzeitplan regelmäßig zu entrichten sowie die Streifenkarte zu haben. Außerdem wurden die Kollegen dahin einig, alle 14 Tage einen Ausflug mit Damen zu veranstalten. (Kollegen! Betr. Richter war hier als Revisor gewählt, hat jedoch sein Amt nie ausgeführt und mußte wegen mangelnder Beiträge gestrichen werden. Sämtliche Mitglieder versuchte er anzubannen, was ihm auch bei einigen gelungen ist, und unseren Kassierer verbot, er zur Kassenabrechnung von Rückstellungen zu berichten. Infolgedessen wurde der Bericht gestrichelt und wird er nun wohl für immer vom Verbande entfernt sein.)

Am 14. Juni fand eine öffentliche Versammlung der Bäcker in Leipzig in Zandauer Haus. Ueber das Thema: Der Lebenskampf unserer Berliner Kollegen, und welche Lehren haben wir daraus? referierte, da es dem Volk Deutschlands infolge der Wirtschaftskrisis verdrängender Berliner Arbeiter nicht möglich war, zu erscheinen, Kollege Kohl, Dresden, der auch der Berliner Streikbewegung angehört. Er wußte den Kollegen, wie sich der Streik infolge der schlechten wirtschaftlichen Lage der Bäckergehilfen und des zögerigen Vorgehens der Meister zu einem Mißstande, dem größten im Bäckergewerbe, entwickelt habe. Er betonte, daß sich extremste Mittel des Solidaritätskampfes der Bäckergehilfen gebieten, da von Streikbrechern nicht viel zu erwarten sei und das Zentralarbeitsnachweises nicht schon punktuell habe. Aber nicht allein unsere Kollegen sei der Sieg zu verdanken, auch die Berliner Arbeiterbewegung habe ihr gut Teil dazu beigetragen. Vor allem sei es nötig, daß sich jeder Kollege dem Verband anschließen, dann könne auch in Leipzig an eine Besserung der wirtschaftlichen Lage der Bäckergehilfen gedacht werden, und kein Kollege solle heute aus dem Saale gehen, ohne dem Verbandsbeizutreten zu sein. 20 Kollegen traten dem Verbandsbeizutreten bei. Kollege Freitag brachte noch einen bei der Tagesordnung des Zentralverbandes gestanden Anspruch des Herrn Lehrmeisters Simon zur Sprache. Der Herr Simon hatte behauptet, daß es keine Geleise gebe, um die Arbeiter zur Arbeit anzureizen. Weiter forderte Kollege Freitag die Kollegen zum Lesen der Volkszeitung auf und machte bekannt, daß am 26. Juni das Sommerfest in den Reudenhallen zu Ragnitz stattfindet.

Am 7. Juni fand in Stettin eine öffentliche Versammlung statt mit der Tagesordnung: Der Reichenhamb in Berlin und welche Lehren haben wir daraus? Das Referat hatte Kollege Reiter-Berlin übernommen. In 2 1/2 stündiger Ausführungen führte er den Kollegen den ganzen Berliner Arbeiterkampf und dessen Wirkungen vor Augen

und er erntete reichen Beifall. Mit der größten Spannung folgten die Kollegen dem Vortrage. In der Diskussion sprachen die Kollegen Becker und Loos im Sinne des Referenten. In einem kräftigen Schlussworte forderte der Referent die Kollegen zum Beitritt in den Verband auf, welchem drei Kollegen nachsamen.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Gemäß einer Anregung auf unserm letzten Verbandstag ist den Mitgliedschaften eine Liste der im letzten Jahre ausgeschlossenen Mitglieder übersandt worden. Diese Ausschlossenen dürfen in keiner Mitgliedschaft eber aufgenommen werden, als bis der Vorstand die ausdrückliche Genehmigung dazu erteilt hat. Die Kassierer der Mitgliedschaften werden ersucht, sich diese Listen aufzubewahren.

Mit dem Zirkular sind auch den Vorständen die Berichtskarten über die Arbeitslosigkeit im zweiten Quartal zugesandt worden. Dieselben müssen genau ausgefüllt bis 4. Juli an die Hauptverwaltung eingesandt werden.

Anlässlich des Genossenschaftstages in Hamburg am 13. und 14. Juni haben in Sonderverhandlungen die Vertreter der Genossenschaften mit eigenem Bäckerbetrieb beschlossen, allen diesen Genossenschaften die Einführung unseres Arbeits- und Lohnvertrages, wie er gemeinsam vom Vorstand des Genossenschaftsverbandes mit unserem Verbandsvorstand ausgearbeitet war, zu empfehlen. Der Tarifentwurf wird in den nächsten Tagen allen beteiligten Genossenschaften mit dem Ersuchen zugehen, denselben für ihre Bäckerbetriebe spätestens bis 1. August d. J. anzuerkennen.

Die im Mai d. J. vom Vorstandsvorstand ausgeschriebenen Streifenbeiträge, 1 M pro Mitglied, müssen genau wie die laufenden Verbandsbeiträge in der statutenmäßig festgesetzten Frist von den Mitgliedern entrichtet werden. Etwaige Weigerung, diese Pflicht in der im Statut festgesetzten Frist zu erfüllen, zieht unbedingt den Ausschluß aus dem Verbande nach sich!

Der Vorstand. J. A. D. Allmann.

Quittung.

In der Woche vom 13. bis 19. Juni gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

Für Monat Mai: Mülhausen 20, Bergedorf 38.10, Straßburg 10.25, Elmshorn 15.75, Mainz 92.20, Halle 82.40, Altenburg 25.25, Karlstraße 60.60, Neumünster 21, Brandenburg 43.80, Birmajens 37.75, Höchst 55.50, Effen 65.50, Dresden 603.60, Offenbach 91.10, Leipzig 299.30, München 1303.45, Bremen 49.65, Blauen 44.95, Garburg 86.95, St. Joh.-Saarbrücken 100.45, Augsburg 99.90, Ebersfeld 183.40, Lübeck 119.80, Dortmund 77.20, Köln 62.55, Braunschweig 115.40, Leisnig 14.40, Düsseldorf 132.60, Freiburg 93.05.

Für April, Mai und Juni: Erding 13, Für April und Mai: Landshut 68.60, Regensburg 307.15.

Von Einzelzahlern der Hauptkasse: F. M. Worms 2.10, L. F. Gelle 2.10, G. B. Beed 6.20, G. D. Eienach 8.60, P. S. Hof 3.70.

Für Abornements und Annoncen: R. Z. Meisen 8, B. S. Freiberg 8, F. 3. München 1.60, Mitgliedschaft Braunschweig 3.40.

Für Kalender: Mitgliedschaft Dortmund 150. Mit den Abrechnungen an die Hauptkasse für Monat Mai sind im Rückstände die Mitgliedschaften Bad Reichenhall, Bayreuth, Coburg, Danzig, Nordl. Gießen, Götting, Gotha, Hannover, Jülich, Königsberg, Metz, Rosenheim und Schönebeck.

Für April und Mai reitieren: Heideberg, Königshütte (Abrechnung ohne Geld gekandt), Ebersburg, Rostock und Wilhelmshagen. Seit Monat März: Amberg, Bremerhaven und Hanau.

Der Hauptkassierer. St. Friedmann.

— Anzeigen. —

Central-Kranken- und Sterbekasse der Bäcker und verw. Berufsgenossen.

Centr. Verwaltung Magdeburg-Neustadt.

Sonntag, 26. Juni, Vorm. 10 Uhr,

Großjähr. Mitglieder-Versammlung
in Bartels Restaurant, Fabrikstr. 5-6.

Tages-Ordnung: 1. Wahl von zwei Ärzten.
2. Wahl eines Delegierten zur Generalversammlung und Anträge an dieselbe.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht
N 480] Der Bevollmächtigte.

Als Beilobte empfehlen sich
Minna Wagemann [N 240
August Griesmeyer
Lidorj bei Borgolzhause. Bielefeld.

Mitgliedschaft Nürnberg.

Alle Briefe und Sendungen sind zu richten an
Ang. Schütteleben, Nürnberg-Währd., Wollengasse 8,
Unterstützungsauszahlung bei Joh. Strauß, Bäcker
Engelbrecht, Punschgasse. — Nächste Wähl.-Vers.: Wahl
eines Vorsitzenden. Der Vorstand.

Zur Anfertigung von

Herren-Anzügen nach Maß
mit elegantem Schnitt und Sitz in jeder Preisklasse
empfehle ich allen Münchener Bäckergesellen
N 2.10] Gg. Prem. Schneidermeister, Geisstr. 20.

Sämtliche Münchener Bäckergehilfen

treffen sich jeden Sonntag, Mittwoch und Freitag zum
gemüthlichen Laro oder Lillard-Partie im [N 1.80

Café Wittelsbach, Herzog
Wilhelmstr. 92.

Versammlungs-Anzeiger.

- Altona.** (Weißbäcker). Wähl.-Vers. Mittwoch, 6. Juli, Nachmittags 4 1/2 Uhr, bei Jelsk. av. Verast. 136.
- Berlin.** Wähl.-Vers. Dienstag, 5. Juli, Nachm. 3 1/2 Uhr in Kellers Festsaal, Kopenstr. 29.
- Brandenburg.** Wähl.-Vers. Sonntag, 3. Juli, Nachm. 3 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Wollentw. 5.
- Braunschweig.** Wähl.-Vers. Mittwoch, 6. Juli, Nachmittags 3 1/2 Uhr, in „Stadt Rendsburg“, Auguststr. 12.
- Dafel.** Zusammenkunft jeden Donnerstag. Mitglieder-Vers. jed. erst. Dienstag im Monat im Hotel Blume, Schwanengasse, bei der alten Rheinbrücke.
- Bielefeld.** Wähl.-Vers. Dienstag, 28. Juni, Abends 8 Uhr in der Centralhalle.
- Chur (Schweiz).** Vers. alle 14 Tage Donnerstags im Restaurant „zum Ochsen“, Lutmaniergasse.
- Cottbus.** Wähl.-Vers. Dienstag, 28. Juni, Nachmittags 3 1/2 Uhr, bei G. Liesl, Schloßkirchstr. 12.
- Cassel.** Wähl.-Vers. Donnerstag, 7. Juli, bei Riemen-Schneider, Schäfergasse 14.
- Crimmitschau.** Wähl.-Vers. Sonntag, 3. Juli, Nachm. 3 Uhr, in der „Centralherberge“.
- Darmstadt.** Wähl.-Vers. Donnerstag, 30. Juni, Nachmittags 4 Uhr, bei Schäfer, Schulzengasse 3.
- Düsseldorf.** Wähl.-Vers. Sonntag, 3. Juli, Nachm. 2 1/2 Uhr, bei Wölthers, Breitestr. 15.
- Eberswalde.** Wähl.-Vers. Dienstag, 5. Juli, bei Fischer, Südenstr. 6.
- Ebersfeld.** Wähl.-Vers. Sonntag, 3. Juli, Nachm. 2 1/2 Uhr, im Volkshaus, Hochstr. 82.
- Elmshorn.** Wähl.-Vers. Sonntag, 3. Juli, Nachmittags 3 Uhr, bei Meyer, Stammweg 26.
- Hensburg.** Wähl.-Vers. Dienstag, 5. Juli, bei Kerup, Schleswigerstr. 28.
- Jülich i. B.** Wähl.-Vers. Donnerstag, 30. Juni, im „Saalbau“.
- Frankfurt a. M.** Wähl.-Vers. Donnerstag, 7. Juli, Nachm. 4 Uhr, im Gewerkschaftshaus.
- Gießen.** Wähl.-Vers. Sonntag, 3. Juli, Nachmittags 3 1/2 Uhr, im „Wiener Hof“, Johannisstr.
- Görlitz.** Wähl.-Vers. Donnerstag, 7. Juli, im „Goldnen Kreuz“, Langenstr. 43.
- Gotha.** Wähl.-Vers. Sonntag, 3. Juli, im Restaurant „Reichsfahne“, Kl. Fabnenstr.
- Gleiwitz.** Doffentl. Vers. Donnerstag, 7. Juli. (Votal wird noch bekannt gegeben).
- Gelsenkirchen.** Wähl.-Vers. Sonntag, 3. Juli, Nachmittags 3 Uhr, bei G. Uelraub, Bochumerstr. 58.
- Hamburg.** (Grobwäcker). Wähl.-Vers. Sonnabend, den 2. Juli, Abends 8 1/2 Uhr, im „Hammonia Gesellschaftshaus“, Hohe Meichen 30.
- Harburg.** Doffentl. Vers. Donnerstag, 30. Juni, Abends 6 Uhr, bei Lüssenhop, 1. Bergstr. 7. (Ref.: Allmann.)
- Harburg.** Wähl.-Vers. Donnerstag, 7. Juli, Nachm. 6 Uhr, bei Lüssenhop, 1. Bergstr. 7.
- Jülich.** Wähl.-Vers. Sonntag, 3. Juli, Nachmittags 3 Uhr, im „Erbprinzen“.
- Kiel.** Wähl.-Vers. Sonntag, 3. Juli, Nachm. 4 Uhr, bei Schröder, Am Markt.
- Königsberg i. Pr.** Wähl.-Vers. Mittwoch, 6. Juli, Nachm. 3 Uhr, im Restaurant Woll, Polnischestr. 6.
- Kattowit.** Wähl.-Vers. Donnerstag, 7. Juli, im Arbeitersekretariat.
- Kattowit.** Doffentl. Vers. Sonntag, 3. Juli, Nachm. 3 Uhr, im Arbeitersekretariat, Rathhausstr. 6.
- Leisnig i. S.** Wähl.-Vers. Sonntag, 3. Juli, Nachm. 3 Uhr, in „Neue Sorge“, Brösenerstr.
- Lübeck.** Wähl.-Vers. Sonntag, 3. Juli, Nachm. 3 Uhr, im Vereinshaus, Johannestr. 50.
- Ludwigshafen.** Wähl.-Vers. Donnerstag, den 7. Juli, Nachm. 3 Uhr, bei Diebler, Wredestr. 33.
- Lüneburg.** Wähl.-Vers. Donnerstag, 7. Juli, Nachm. 4 1/2 Uhr, in der Lambertierhalle.
- Meuselwitz.** Wähl.-Vers. Sonntag, 3. Juli, im Restaurant „Glück auf“.
- Neumünster.** Wähl.-Vers. Sonntag, 3. Juli, Nachm. 4 Uhr, bei Kellermann, Bönerstr. 7.
- Nürnberg.** Wähl.-Vers. Donnerstag, 7. Juli, Nachm. 5 1/2 Uhr, im Goldenen Wörfer, Döschmannsplatz.
- Offenbach a. M.** Wähl.-Vers. Dienstag, 5. Juli, Nachmittags 3 Uhr, im Gasthaus zum Storch.
- Birmajens.** Wähl.-Vers. Donnerstag, 7. Juli, in der „Wacht am Rhein“, Dorehstraße.
- Regensburg.** Wähl.-Vers. Dienstag, 5. Juli, in der „Goldenen Glocke“, Gladenstr. 25.
- Rudolstadt.** Wähl.-Vers. Dienstag, 5. Juli, Nachm. 4 Uhr, im „Burgkeller“.
- St. Johann-Saarbrücken.** Wähl.-Vers. Sonntag, den 3. Juli, Nachm. 3 Uhr, im Kaiseraal, Hafenstr. 9.
- Schwerin i. M.** Wähl.-Vers. Donnerstag, 7. Juli, Nachmittags 4 Uhr, bei R. Gähle, Apothekerstr. 5.
- Spandau.** Wähl.-Vers. Donnerstag, 7. Juli, bei Böhle, Reumeisterstr. 5.
- Solingen.** Doffentl. Vers. Samstag, 9. Juli, Abends 8 1/2 Uhr, bei G. Fischer, Schützenstr.
- Weifenfels.** Wähl.-Vers. Sonntag, 3. Juli, Nachm. 3 1/2 Uhr, in der „Centralhalle“, Schloßgasse.
- Zürich.** Vers. jeden 1. Donnerstag im Monat im Berlebrölal „Rothhaus“, Marktstraße, Zürich I. Reiseunterstützung bei Gager, Dienerstr. 29, Zürich III.

Für die Redaktion verantwortlich: D. Allmann, Hamburg, Magstraße 6. — Verlag von L. Allmann, Hamburg. Druck von St. Meyer, Hamburg-Glück, Friedenstr. 4.

Der erste ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine

fand am 13. und 14. Juni in Hamburg statt. Umher der großen Zahl Delegierter aus allen Ecken Deutschlands nahmen an demselben Vertreter der Genossenschaftsbewegung des Auslandes teil und die Verbände der Bäcker, Lagerhalter, Handlungsgehilfen, sowie die Handels- und Transportarbeiter hatten auch je einen oder mehrere Vertreter zu den Verhandlungen entsandt. (In diesen Verbänden sind rund 55 000 Arbeiter organisiert).

Der Raum d. W. gestattet uns nicht, ausführlich auf die Verhandlungen des Genossenschaftstages einzugehen; unsere Kollegen mögen die Nr. 25 der „Konsumgenossenschafts Rundschau“ lesen, in welcher sie einen ausführlichen Bericht finden. — Aus Bureau des Genossenschaftstages wurde auch Kollege Kretschmer mit delegiert. — Nach den Begrüßungsansprachen der auswärtigen Gäste erstattete der Vorsitzende des Verbandes, Herr Madestock-Dresden, den Geschäftsbericht und darauf gab Verbandssekretär Kaufmann ein Bild über den Stand der Genossenschaftsbewegung, indem er unter anderem folgendes ausführte:

In Deutschland bestanden am 1. Januar 1904 insgesamt 22 131 Genossenschaften mit 3 208 324 Mitgliedern; davon sind Konsumvereine 1741 mit 818 915 Mitgliedern. Die Kraft und Blüte der letzteren vereinigt sich in dem Zentralverbande, der heute 707 Vereine mit einem Verkaufserlöse von 148 006 577 Mark umfaßt; beschäftigt werden in der Warenverteilung 5540 Personen, in der Eigenproduktion 900 Personen, insgesamt also 6440. Der Reingewinn betrug 15 000 000 M. In bezug hierauf wird bemerkt: „Wenn unsere Gegner behaupten, daß von dem Reingewinn, welchen die Konsumvereine verteilen, 5000 Kleinhändler leben könnten, so halten wir ihnen ruhig entgegen, daß in der Konsumgenossenschaftsbewegung 6440 Personen, wovon nahezu die Hälfte Familienväter, lohnende und sichere Beschäftigung finden, daß die meisten von diesen nicht gewillt sind, ihre Existenz gegen die unsichere eines Krämers einzutauschen und daß wir trotzdem unsere 15 000 000 M Reingewinn an unsere Mitglieder verteilen können. Das ist eben der Unterschied zwischen Angestellten der Konsumvereine und der Krämer; diese wollen das Brot des kleinen Mannes essen, während jene sich ihr eigenes Brot verdienen.“

In Steuern wurden in diesem Jahre 1 242 086 M gezahlt. „Trotzdem behaupten unsere Gegner immer noch, die Konsumvereine bezahlten keine Steuern und die Steuerkraft der Gemeinde würde durch die Konsumgenossenschaftliche Entwicklung geschwächt. Gerade das Gegenteil ist der Fall. Die Konsumvereine bezahlen ganz horrenden Steuern und die Steuerkraft der Gemeinde wird durch ihre Entwicklung gestärkt, was ja auch schon darum der Fall sein muß, weil Einkommen- und Gewerbesteuer progressiv steigen. Die Gemeinden haben also nicht nötig, das Obium auf sich zu laden, daß sie durch besondere Umgebungssteuern die Steuerlasten auf die schwächsten Schultern abwälzen, der Arbeiterklasse die Selbsthilfe verweigern und die Ersparnisse der Armen und Vernünftigen expropriieren.“

„Zur Volksbildung und zu gemeinnützigen Zwecken wurden im Vorjahre 174 610 M, im laufenden Jahre 192 949 M aufgewendet. Ein sonderlicher Fortschritt ist hier nicht zu verzeichnen, was wohl darauf zurückzuführen ist, daß es Behörden fertiggebracht haben, die Ueberweisungen der Konsumvereine an die Bibliotheken von Arbeiterorganisationen als einen Ausfluß politischer Bestrebungen, die gegen das Genossenschaftsgesetz verstößen, anzusehen. Da man nun von den Konsumvereinen nicht verlangen kann, daß sie aus ihren Ertrübrungen den Bibliotheken der Kriegervereine, die ja ihren Mitgliedern die Zugehörigkeit zu den Konsumvereinen verbieten, Zuweisungen machen, so bleibt eben nichts übrig, als die Ausgaben für solche Zwecke einzuschränken.“

Das flüssige Kapital der Konsumvereine hat sich in erfreulicher Weise gemehrt. „Welche Wirkung könnte aber durch diese nahezu 10 Millionen Mark flüssiger Gelder erzielt werden, wenn die Konsumvereine eine Zentrale für ihre Kapitalkraft, eine gemeinschaftliche Bankorganisation schaffen und dadurch diese Millionen, mit denen heute das Privatkapital arbeitet, der Konsumgenossenschaftsbewegung zuführten. Auch auf diesem Gebiete liegt in der Organisation unsere Stärke, während unsere Zerplitterung und Uneinigkeit nur unseren Gegnern zugute kommt.“

Redner schließt seinen an interessanten statistischen Angaben reichen, mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag mit den Worten: „Das gesamte Material wird in unserem Jahrbuche veröffentlicht. So wird dieses bis in die feinsten und unscheinbarsten Ringe die Entwicklung und den Stand des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, seiner Revisionsverbände und der Groß-einkaufsgesellschaft sowie aller angeschlossenen einzelnen Genossenschaften wiedergeben. Den nach uns Kommenden, unseren Entfern und Urerben, ja den fernsten Geschlechtern werden diese Jahrbücher eine unschätzbare Fundgrube sein, und einem entscheidenden Teil der Kultur-entwicklung der Gegenwart sehen wir in diesen Büchern ein leuchtendes Denkmal. Zugleich aber unterstellen wir die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung der Kontrolle des deutschen Volkes. Unsere Jahrbücher erscheinen im Buchhandel und können käuflich erworben werden von jedem, der sich für unsere Sache interessiert. Dem Reichstage und den Landtagen der Einzelländer, der Reichsregierung und den Bundesregierungen, allen höheren Behörden, zahlreichen Stadtverwaltungen und öffentlichen Bibliotheken werden sie unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Wir arbeiten im vollen Lichte der Öffentlichkeit. Die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung hat nichts zu verbergen und nichts zu verheimlichen. Unsere Einigkeit ist unsere Stärke und unser Schutz ist das glänzende Schild der vollen ungeschminkten Wahrheit und Offenheit. An diesem Schutz müssen alle Angriffe unserer Feinde und Gegner scheitern werden. Komme, was kommen mag; die Wahrheit wird sich doch Bahn brechen, und dieser siegreichen Kraft, dieser unbesiegblichen Macht der Wahrheit wollen wir vertrauen.“

Ueber die Alters- und Invaliditäts-, Witwen- und Waisenversicherungsfassen des Zentralverbandes“ referiert Schmidchen-Magdeburg. Er habe in erster Linie zu berichten über die durch den Dresdener diesbezüglichen Be-

schluß dem Vorstande vorgeschriebenen Arbeiten. Das vorliegende Material sei kaum zu bewältigen gewesen; der Vorstand hat sich leiten lassen von dem Gedanken, daß die Genossenschaften gegen ihre Angehörigen wichtige soziale Pflichten zu erfüllen und sich nicht bloß mit der Bezahlung der Arbeitskraft zu begnügen haben. In erster Linie seien für die Versicherung die ständigen Arbeiter ins Auge zu fassen und zwar ginge das Bestreben dahin, sämtliche Arbeitergruppen einzubeziehen. Es frage sich, ob eine freie Vereinigung, die der staatlichen Kontrolle nicht unterworfen sei, möglich wäre. Dann dürfe ein Recht auf Unterstützung nicht festgesetzt werden. Daß der Weg gangbar sei, habe man in anderen Organisationen, die das Unterstützungswesen pflegen, erfahren. Der Vorstand habe sich aber zunächst verpflichtet gehalten, eine staatlich genehmigte, ein unbestreitbares Recht schaffende Organisation ins Auge zu fassen. Er habe sich zunächst an die beteiligten Behörden gewandt, welche ihn an einen Beamten verwiesen, der die nötigen Ratschläge erteile. Es galt, festzustellen, inwieweit Rücksicht zu nehmen sei auf bereits durch die Versicherungs-gesetzgebung festgelegte Unterstützungen; die Witwen- und Waisenversicherung mußte getrennt werden von der Invalidenversicherung, da ihr wohl nicht alle Angestellten werden beitreten wollen. Ein ausgearbeitetes Statut vorzulegen, sei noch nicht möglich und zweckmäßig gewesen; es bedürfe noch langer, gründlicher Beratung der Sache innerhalb der Vereine, es sei auch praktisch, dann sich vorher der Zustimmung der Behörden zu versichern.

Redner bespricht dann eingehend das in Nr. 17 der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ veröffentlichte Material des Vorstandes und empfiehlt, den Vorstand auf dieser Grundlage bis zum nächsten Genossenschaftstage weiter arbeiten zu lassen. Nach eingehender Debatte, in der hauptsächlich zum Ausdruck kam, daß der Vorstand von den ungünstigsten Voraussetzungen in seinem Entwurf bezw. Beitragshöhe und Leistungen sich habe leiten lassen, wurden zur Weiterberatung dieser Frage v. Elm-Hamburg, Fräßdorf-Dresden und Gauß-Stuttgart zum Vorstand hinzugewählt. Beschlossen wurde ferner, zu den Beratungen auch die Vertreter der Verbände der Lagerhalter, Transportarbeiter und Bäcker hinzu zu ziehen.

Nach den sachkundigen Referaten der Herren Dr. Niehn über „die Besteuerung der Konsumvereine“ und Lorenz-Hamburg über „die Organisation des genossenschaftlichen Waareneinkaufs“ behandelte Herr Barth-München in einem Vortrage „die genossenschaftliche Eigenproduktion.“

Er schildert den Mißerfolg der großen Mehrzahl der englischen Produktivgenossenschaften, der auf Mangel an Ublak und Disziplin beruhe. Schulz-Delitzsch habe das Prinzip der Selbsthilfe aufgestellt, in Laßalle aber einen scharfen Gegner gefunden; dadurch sei die Arbeiterschaft leider lange von der Genossenschaftsarbeit ferngehalten worden. Langsam nur sei die Bewegung vorwärts gekommen. Auch in Deutschland seien die allermeisten Produktivgenossenschaften kläglich zu Grunde gegangen aus denselben Ursachen, die in England maßgebend waren. Erst durch die Eigenproduktion der Konsumvereine sei die Bewegung in die richtigen Bahnen geleitet worden, wie die kolossale Entwicklung in England, welche vorbildlich sei, zur Evidenz beweise. Das zielbewusste Zusammenwirken der Vereine sei die Vorbedingung. Das könne die Schaffung großer Vermögen auf Kosten der Gesamtheit hindern und bei Ring- und Trübsbildungen ein entscheidendes Wort mitreden. Nicht nach engherzigem Krämerprinzip müsse beim Warenbesuge gehandelt werden, sondern solidarisch durch gemeinsamen Warenbezug. Dann sei es möglich, auf Lohn- und Arbeitsverhältnisse wohlthätig einzuwirken, die Wohnungsverhältnisse günstig zu beeinflussen und auch sonstwie in sozialer Beziehung segensreich tätig zu sein. Unterstützungsgelder des Staates seien nicht notwendig, man könne und wolle sich die Betriebsmittel selbst schaffen.

Ingenieur Diesel-München verweist auf eine dem Verbandstage unterbreitete Broschüre, deren Inhalt er kurz referiert. Er ist der Ansicht, daß die erforderlichen Kapitalien unter folgenden Voraussetzungen beschafft werden können: 1. Die allergeringsten Beträge müssen sich daran beteiligen können, und zwar ohne Umstände und Formalitäten. 2. Es muß den Geldgebern möglich sein, die dargeliehenen Beträge im Notfall ohne viele Umstände wieder einzulösen zu können, in der Weise wie es heute bei den öffentlichen Sparkassen geschieht. 3. Das geliehene Geld sowohl als dessen Zinsen müssen unbedingt und unter allen Umständen sichergestellt sein; durch keine Krisis, keine Konjunktur, kein Ereignis darf die Erparnis des kleinen Mannes und deren Zinserträge gefährdet werden. Herr Diesel hat sich hierfür ein genau umschriebenes Verfahren ausgedacht, dessen eingehende Darlegung uns die Rücksicht auf den Raum verbietet.

Frau Steinbach-Hamburg meint, es komme nicht allein auf die Konjunktur, sondern vor allem auf die Konsummentinnen an. Es müsse ein rascheres Tempo in der Errichtung eigener Fabriken eingeschlagen werden, und da sei es vor allem nötig, vorher die Frau für die Idee zu gewinnen durch eine recht eifrige Agitation. Es würden auch die unlieblichen Erfahrungen nicht ausbleiben, die der „Unternehmer“-Beruf der Vereine später mit sich bringen werde. Da gelte es, Produzenten- und Konsummenteninteressen in Einklang zu bringen, damit ein harmonisches Zusammenarbeiten eintrete. Der Mangel an Aufklärung in den eigenen Reihen müsse beseitigt werden.

Zu Punkt 10: „Der kollektive Arbeitsvertrag mit den in den Genossenschaften des Zentralverbandes beschäftigten Personen“ spricht Verbandssekretär Kaufmann. Die Frage werde brennender, je mehr zur Eigenproduktion übergegangen werde. Das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sei bei den Konsumvereinen insofern ein glücklicheres, als es sich in beiden Fällen um Arbeiter handle. Das Konsumgenossenschaftliche Arbeitsverhältnis werde um so günstiger sein, je mehr durch vernünftige, geregelte Arbeitsverträge die Reibungsflächen beseitigt würden. Solche Verträge einheitlich zu schaffen — darüber kämen die Genossenschaften nicht hinweg, sollten ihnen nicht große Nachteile erwachsen. Die verschiedenen Arbeiterkategorien müßten völlig gleichmäßig behandelt werden. Die Lohnsätze sollten gestaltet werden, daß sie die Leistungsfähigkeit der Vereine nicht schwächen, sondern stärken. Es sei dahin zu wirken, daß die Arbeiter mit Lust und Liebe schaffen. Wirtschaftlich vorteilhaft seien hohe Löhne, niedrige Arbeitszeit. Die Gewerkschaften hätten

die Verpflichtung, auf die Konkurrenzfähigkeit der Genossenschaften Rücksicht zu nehmen und zur Beseitigung der Schmutzkonkurrenz beizutragen. Sie dürften also nicht einseitig unverhältnismäßige Anforderungen an die Genossenschaften stellen. (Sehr richtig!) Die dort beschäftigten Arbeiter hätten auch nicht — wie das leider oft geschehen sei — in ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit zu erlahmen, sondern allzeit zu bedenken, daß sie auf Vorposten ständen und für ihre schlechter gestellten Verfassungen mitzukämpfen hätten. (Lebhafte Zustimmung.) Mit Geduld, Verträglichkeit und Ausdauer müsse an die Erledigung der hohen Aufgabe herangegangen werden.

Nach diesem Referat wurden noch die geschäftlichen An- gelegenheiten des Verbandes erledigt.

An beiden Verhandlungstagen fanden in den Nachmittagsstunden die Sonderberatungen der Vereine mit eigenem Bäckereibetrieb über unseren Tarifentwurf statt. 44 Vereine hatten zu diesen Verhandlungen ihre Vertreter entsandt.

Schmidchen-Magdeburg konstatiert, daß der von der Bäckervereinigung vorgelegte Entwurf eines Arbeits- und Lohnsatzes den Verhältnissen in den einzelnen Orten in anerkennenswerter Weise Rechnung trägt. Der Zentralverband sei ja nicht kompetent, die Frage zu erledigen, er habe den Entwurf deshalb den einzelnen Vereinen unterbreitet. Die aus diesen heraus erhobenen Einwendungen richteten sich gegen die sechsstündigenwoche, die Schiedsgerichte und den Arbeitsnachweis. Er selbst bemängelte die Form des Vertrages; dieser könne nicht zwischen dem Zentralverbande als solchen und der Gesellenorganisation, sondern nur von den dem Zentralverbande angeschlossenen Vereinen abgeschlossen werden.

Altmann: Die Einwendungen der Unterverbände beruhten im wesentlichen auf Mißverständnissen. Das Verlangen nach einem Tarifvertrage sei auf beiden Seiten gleich stark, weil das Interesse am Abschluß eines solchen beiderseits gleich groß ist. Die technischen und sanitären Einrichtungen der Konsumvereinsbetriebe seien unzweifelhaft durchweg musterartige und vorbildliche, ebenso die Lohnhöhe; die Wünsche der Gesellen gingen hauptsächlich in der Richtung der Arbeitszeitverkürzung. Die Zahl der kontinuierlichen Betriebe mit drei Achtstundenschichten sei rasch gewachsen und zwar liege das im eigenen Interesse der größeren Vereine, den ununterbrochenen Betrieb mit Achtstundenschicht einzuführen, denn erst dadurch wäre die volle Ausnutzung der Maschinen und Ofen, überhaupt des Anlagekapitals möglich.

Redner begründet die einzelnen Forderungen. Er erklärt ausdrücklich, daß die Bäcker durchaus nicht am Wortlaute des Vertrages hängen, sondern berechnete Wünsche auf Änderungen gern annehmen würden. Der Gedanke der Ortszuschläge habe namentlich bei den besser situierten Gehülfen wenig Anklang gefunden; er müsse aber durchgeführt werden im Interesse der minder gut und der schlecht entlohnenden Gesellen. Die dreijährige Tarifdauer werde genügen, Erfahrungen zu sammeln. Er sei überzeugt, daß der Tarif sich sehr gut bewähren und beiden Teilen zujagen werde. Im Prinzip sei die Zustimmung wohl vorhanden, da werde man wohl auch über die Einzelheiten leicht hinwegkommen. Sei doch schon an vielen Orten die Anerkennung des Tarifs erfolgt.

Jährig-Augsburg meint, niemand könne heute ein bindendes Versprechen abgeben, obwohl der Kollektivvertrag an sich zu begrüßen sei. Die Gewerkschaft habe von den Privatbetrieben daselbe zu fordern, wie von den Genossenschaften. Das gelte nicht, wie der Berliner Streik beweise. Das sei kein gerechtes Verfahren. Auch in den Veröffentlichungen statistischer Natur solle man Licht und Schatten gleichmäßig verteilen. Für ihre Produkte erhielten die Bäckereien keinen Ortszuschlag, wie das bei den Druckereien der Fall sei. Die Löhne müßten nach der Entwicklung der Vereine bemessen werden. (Bravo!)

Kunze-Berlin pflichtet in einzelnen Punkten dem Vorredner bei. In Bäckereien verlange man von den Konsumvereinsbäckereien einfach nach Schema F 25 Proz. mehr als von den Privatbäckereien. So hohe Forderungen seien allenfalls berechtigt, wenn die Gewerkschaften anders für die Konsumvereine einträten. Dort betrachte man aber die Konsumvereine vielfach als Spielerei. Das sei verkehrt. Der Tarif scheine lediglich auf die Großbetriebe zugeschnitten, auf die praktischen Bedürfnisse der kleineren Orte sei nicht Rücksicht genommen worden. (Bravo!)

Madestock-Dresden: Es handle sich heute nicht um „Ausprüche“ und „Antragungen“, der Vorstand wolle vielmehr zu einem festen Abschlusse kommen.

Lehmann-Grütrich unterstützt die Ausführungen von Jährig und Kunze. Man sollte Sondertarife für Konsumvereine mit Rücksicht auf deren Konkurrenzfähigkeit grundsätzlich ablehnen. Er rage das, obwohl kein Verein die Forderungen schon erfüllt habe.

Kalltosen-Dresden kritisiert einzelne Forderungen; u. a. meint er, die Badmeister gehörten in den Tarif nicht hinein, der Ruhetag nach hohen Schichten solle „mindestens 24 Stunden“ dauern. Gegen den morgen zur Beratung stehenden Entwurf der Transportarbeiter sei der vorliegende das reine Waisenfund; er lasse sich im allgemeinen empfehlen; es sei auch nichts dagegen einzuwenden, daß etwas mehr bezahlt werde als in Privatbetrieben. Konkurrenzfähig werden die Konsumvereine auch nach Annahme dieses Entwurfes bleiben.

Strauß-Eßlingen erklärt, sein Verein habe nichts gegen die Löhne, müsse aber in Rücksicht auf die örtlichen Verhältnisse die übrigen Bestimmungen ablehnen. So lange nicht die Lebensgewohnheiten der Bevölkerung überall gleich seien, lasse sich nichts Einheitsliches schaffen. Der Vorstand müsse vorerst eine Statistik aufnehmen.

Gottschalg-Sendling spricht sich für letztere An- regung aus. Man müsse Vorsicht üben, um nicht gewisse Vereine in Schwierigkeiten zu versetzen. Den Verwaltungen müsse ein gewisser Spielraum gelassen werden. Auch er wünsche, daß nicht einseitig die Konsumvereine mit Forderungen bedacht würden.

Gehling-Braunschweig legt des längeren dar, daß keine exorbitanten Forderungen seitens der Arbeiter gestellt werden dürften, so lange nicht an Privatbetriebe mindestens annähernd gleiche Ansprüche gestellt würden.

Dickmann-Blagwitz bemerkt, daß der Vorredner es so dargestellt habe, als seien die Forderungen der Arbeiter undurchführbar. Das sei nicht der Fall. Der Tarif lasse sich sehr wohl beschließen, er werde auch segensreich wirken und den Vereinsverwaltungen viel Arbeit und Ver-

druf ersparen, ihnen Ruhe geben. Von übertriebenen Forderungen konnte gar nicht die Rede sein. Er schlage vor, eine Kommission zur Prüfung der erhobenen Einwände zu wählen.

Kretschmer-Hamburg konstatiert, daß der Bäderverband mit Privatunternehmern kämpfe, aber nicht kämpfen wolle mit Genossenschaften. (Sehr richtig.) Das hier Beforderte könne heute schon jeder Konsumverein leisten. Die einzelnen Redner hätten ihn enttäuscht, er hätte mehr soziales Verständnis erwartet; es sei allerlei Material geliefert, das die Gegner der Bewegung verwerten könnten. Gerade die neuen Genossenschaften könnten am ersten sich auf die vorliegenden Forderungen einrichten. Die Konsumvereine seien dank ihrer besseren Einrichtungen unzweifelhaft besonders leistungsfähig. In der Vorwärts-Bäckerei habe die Arbeitszeitverkürzung eine Verminderung der Produktivität nicht nach sich gezogen. Er bitte, den Entwurf anzunehmen.

Kreierstein-Stuttgart betont, daß der Tarifentwurf der Bäckereiorganisation von dem Stuttgarter Verein überholt sei, denn dort bezieht der Backmeister 2000 bis 3200 M, während der Durchschnittslohn der Bäcker 24.75 M pro Woche betrage; durchschneidet nur 24.67 M. Er erkenne an, daß der Entwurf geeignet sei als Unterlage für Verhandlungen. Redner wendet sich gegen die Ansicht, daß die Konsumvereine sozialpolitisch rückständig seien. Die Buchdrucker hätten 30 Jahre gebraucht, um zu einer genauen Differenzierung der Löhne in den Vertragsorten zu gelangen. Generell lasse sich dies jetzt nicht festlegen, dazu bedarf es eingehender Erörterungen. Die Materie sei äußerst schwierig zu behandeln. Um zu einer richtigen Lösung dieser Frage zu gelangen, schlägt Redner die Annahme folgender Resolution vor:

Die am 14. Juni 1904 in Hamburg versammelten Vertreter empfehlen den Tarifentwurf der Bäckereiorganisation als Grundlage von Verhandlungen zwischen den Vertretern der beteiligten Betriebe und der Bäckereiorganisation. Ueber der allgemeinen Einführung des Tarifs ist dem im Jahre 1905 stattfindenden Genossenschaftstag Bericht zu erstatten.

Ein von anderer Seite gestellter Antrag fordert die Veranstaltung einer Enquete über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der in Konsum- u. v. m. Vereinen beschäftigten Arbeiter und die Regelung dieser Angelegenheit auf dem nächsten Genossenschaftstag. Ein weiterer Antrag wünscht die Anerkennung des Entwurfs im Prinzip. Die späteren Verhandlungen würden zu einem befriedigenden Ergebnis führen.

Duellmaß-Seipzig ist der Meinung, daß die Genossenschaften nicht wesentlich höhere Löhne zahlen können als die Privatbetriebe. Im Prinzip verlangt er die Einführung von Tarifverträgen.

Kretschmer-Hamburg beantragt:

Die Versammlung der Vertreter von Genossenschaften empfiehlt die Einführung des vorliegenden Tarifs. Etwas durch örtliche Verhältnisse bedingte Abänderungen zu erledigen ist Sache der Genossenschaften unter Hinzuziehung des Verbandes der Bäcker.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Das Schlusswort erhält Allmann: Nach Behandlung des Entwurfs in der gestrigen Verhandlung habe man in betrübten Kreisen die Frage aufgeworfen, ob man nicht den ganzen Entwurf zurückziehen solle. Wir haben geglaubt, mit sozialpolitisch vorgeschrittenen Vätern zu tun zu haben, die auf einer höheren Stufe stehen als Innungsmeister. Was soll man dazu sagen, wenn der eine Redner von den Forderungen sagt, sie seien horrend, ungerecht und richten die Konsumvereine zu Grunde. Dieser Redner sei vom Braunschweiger Verein, welcher schon höhere Löhne zahlt und betsehe nach wie vor. Man wolle sich wundern, welche Argumente hier gegen den Tarif ins Feld geführt worden sind. Redner wendet sich jetzt gegen Kuntze-Verdin, der doch ganz genau wisse, welche Forderungen die Berliner Bäckereiarbeiter gestellt haben. Für große Privatbetriebe sei ein Lohn von 25 M gefordert worden, während wir für die Berliner Genossenschaft 26 M verlangen. Es lägen 710 Bäcker in Betracht, von denen nur 490 eine Lohnerhöhung erhalten würden, darunter viele nicht einmal 1 M pro Woche. Die Bäckereiarbeiter wünschten eine Verabredung, seien aber nicht willens, ihre Forderungen einfach nur den Tisch jucken zu lassen. Daher sei es doch besser, im Interesse der Genossenschaftsmitglieder als der Gewerkschaftsbewegung, wenn ein solcher Tarif zur Einführung gelange. Redner wendet sich jetzt gegen die Vertretung der Delegierten, welche einzelne Delegierte mit ihren Anträgen bedrängen, denn anderes sei nicht gewollt, wenn man überhaupt eine Statistik aufnehmen oder wieder eine Kommission einsetzen wolle. Wenn die Konsumvereine den Tarif nicht wollen, so sei ihm das recht, aber sie könnten dann damit rechnen, daß in vielen der Betriebe jetzt von den Bäckereiarbeitern weitergehende Forderungen, als im Tarif enthalten, gestellt würden. Im Interesse beider Parteien liege es, den Tarif zur Einführung zu bringen und in Ruhe und Frieden mit einander zu arbeiten, deshalb ersucht er aus den angeführten Gründen um Annahme des Antrages Kretschmer.

Schmidtgen hebt noch hervor, daß der Vorstand es mit seinen Vorlesungen gut gemeint habe, denn eine Verabredung sei doch immer besser als ein Sezessionskrieg.

Es wird darauf zur Abstimmung über die vorliegenden Anträge geschlossen, die eine einstimmige ist.

Für den Antrag Kretschmer stimmten 20 Vereine, dagegen 16, während 2 Vereine sich der Abstimmung enthalten.

Der Antrag ist mithin angenommen.

Der Leipziger Vertreter gibt die Erklärung ab, daß ihn der Tarifentwurf noch nicht weit genug geht.

Bei den Verhandlungen über den Tarif der Transportarbeiter wurde die Forderung bis zum nächsten Genossenschaftstag beschlossen und soll dann auf der Grundlage eines beschlossenen Tarifs ein Entwurf vorgelegt werden.

Genossenschaftliches.

Die Lüheder Genossenschaftsbäckerei berichtet über ihr 15. Geschäftsjahr, in welchem sie eine Vermehrung ihrer Mitglieder von 1110 auf 1133 zu verzeichnen habe. In der Wähe der Genossenschaft wurden erworben 13644 Pfund Roggen und 136975 Pfund Weizen, während an Getreide, Hülsen, Gemüse und Getreidemehl 113760 Pfund veräußert wurden. An sonstigen Rohmaterialien wurden erworben: 8169 Pfund Butter, 335 Pfund Schmalz, 1795 Pfund Karminer, 576 Pfund Reisbrot, 926 Pfund Eierbrot, 3244 Pfund Ko-

rinthen, 2646 Pfund Rosinen, 21964 Pfund Salz, 18673 Pfund Hefe, 11060 Stück Eier und 210051 Liter Milch. Für diverse Gewürze und sonstige Backmaterialien sind 4704 M verausgabt. Das Heizen der Backöfen erforderte 4093 Zentner Steinkohlen und 204 Meter Buchenholz, das Heizen des Dampfessels auf der Mühle 8120 Zentner Steinkohlen. Die Zahl der Bröte, die gebacken und verkauft wurden, betrug 1095653 Stück und erzeugten eine Einnahme einschließlich verkaufter Futtermittel und Mehl von 445882 M. Die Unterhaltung der Pferde kostete 30194 Pfund Hafer, 16300 Pfund Hähnel, 22003 Pfund Stroh, 10158 Pfund Heu und 1200 Pfund Wurzel. Die Genossenschaft hat ein 4540 Quadratmeter großes Grundstück erworben, auf welchem ein Neubau der Bäckereianlage errichtet wurde. Das Land kostete 11740 M, die Gebäude, Inventar, Öfen und Maschinen 126912 M. Reingewinn 18862 M. Die gesamten Unkosten beliefen sich auf 169539 M, davon entfielen auf Abschreibungen 11688 M, auf Löhne und Gehälter 48826 M. An arbeitslose Genossen gelangten 2000 Grob- und Feinbrote à 50 S zur Verteilung. Die Anzahl der Niederlagen betrug am Schlusse des Geschäftsjahres in Lühed und Umgegend 223, sowie eine in Oberkoe, Reudorf bei Guntin, Wismar und Jarmstorf bei Gadebusch.

Der Konsum- und Produktivverein Ernstthal hat in seinem ersten Geschäftsjahre einen Umsatz von 122073 M erzielt gegen 120031 M im Vorjahre. Die Mitgliederzahl stieg von 178 auf 187, der Durchschnittsumsatz sank dagegen von 674 M auf 653 M. In der Bäckerei wurden 1051 Zentner Roggenmehl verarbeitet und hergestellt wurden 32750 Brote à 50 S, 82531 Stück Weißgebäck à 5 S und 2311 Stollen à 10 S, wobei ein Gewinn von 4142 M zu verzeichnen war.

Der Konsumverein Ebingen hat, durch die Brandkatastrophe vom 29. November 1903 veranlaßt, ein Haus für 29000 M gekauft, wovon in bar 7000 M angezahlt werden konnten. Um nun das Anwesen rentabler zu machen, und auch infolge hoher Steuerforderung und verschärfter Konkurrenzverhältnisse, unterbreitete die Verwaltung am 4. Juni einer außerordentlichen Generalversammlung ein Projekt zur Errichtung einer Dampfbackerei, unter gleichzeitiger Erhöhung der Mitgliederanteile von 20 auf 30 M. Nach durchschlagender Begründung durch den Geschäftsführer Müller wurden beide Anträge der Verwaltung mit allen gegen drei Stimmen unter großem Beifall angenommen. Die Anlage wird von Berner & Pfeleiderer, Cannstatt, für 6000 M errichtet.

Der Allgemeine Konsumverein zu Halle-Trotha erzielte in seinem 11. Geschäftsjahre einen Umsatz von 427742 M gegen 410767 M im Vorjahre. Die Mitgliederzahl stieg von 1054 auf 1173. Der Feierfonds wurde auf 10200 M und der Dispositionsfonds auf 6700 M erhöht. In der eigenen Bäckerei wurde bei einem Umfange von 121770 M ein Ueberschuß von rund 24000 M erzielt. Hieraus kann ersehen werden, daß die Eigenproduktion der Genossenschaft sehr zum Nutzen gereicht. Daß die Bäckerei konkurrenzfähig ist, dürfte als selbstverständlich gelten.

Aus der Arbeiterbewegung.

Verbandsfrage. Während der Pfingstfeiertage fand wiederum eine ganze Reihe von Gewerkschaftsverbandstagen statt. In erster Linie erwähnen wir die Generalversammlung des Bergarbeiterverbandes, die nach Stadthagen einberufen war. Die vorliegenden Anträge, die eine stärkere Agitation, eine Vermehrung der Reichsbüroaus und der Unterrichtsliste fordern, wurden dem Vorstande zur Berücksichtigung überwiesen. Dann wurden verschiedene Erleichterungen beschlossen: bei Auszahlung des Sterbegeldes soll nicht der Ablauf, sondern nur die Bezahlung der 26. Woche erforderlich sein, auch keine amtliche Sterbendeckelung, sondern nur eine Bescheinigung des Ortsvorstandes verlangt werden. Den Beamten soll feinerlei Rente auf den Gehalt angerechnet werden. Der Anschlag an die Gewerkschaftskassier wird den Zahlstellen freigegeben. Die Redaktion der „Bergarbeiter-Zeitung“ soll zu den Vergewerbetrichtigungen Berichterstatter schicken und die Berichterstattungsberichte kürzen. So bald wie möglich soll ein eigenes Organ in polnischer Sprache erscheinen. Eine rege Debatte rief die Beitragsfrage hervor. Im Vorjahre wurde auf der Generalversammlung in Zwickau der Beitrag auf 20 S erhöht, dabei soll aber ab 1. Januar 1905 die Arbeitslosenunterstützung in Kraft treten mit einem Unterstützungssatz im Höchstbetrage von 57 M. Nun hat der Verband zwar erhebliche Ueberschüsse gemacht, aber sie stehen in keinem Verhältnis zu den Ausgaben, die seiner noch hatten. Althergebrachte und die Notwendigkeit weiterer Beitragserhöhungen und des Ausbaues des Unterstützungswesens anerkannt, sah aber in Rücksicht auf den verjährigen Beschluß von einem dahingehenden Ausbau des Kassensystems jetzt noch ab. Folgende Resolution wurde gegen drei Stimmen angenommen: „Die Generalversammlung erkennt die Notwendigkeit der Erhöhung der Beiträge für unsern Verband an. Wenn sie auf der heutigen Tagung davon absieht, so tut sie es nur mit Rücksicht auf die Mitglieder, die im letzten Jahre nicht in genügender Weise über die Notwendigkeit der Beitragserhöhung aufgeklärt worden sind. Die Generalversammlung verlangt darum von den anwesenden Delegierten, daß sie in ihren Mitgliedschaften dafür Sorge tragen, daß im nächsten Jahre eine Erhöhung auf 30 S nicht mehr im Wege steht. Dieser Satz ist als das geringste anzusehen, was im nächsten Jahre durchgeführt werden muß. Der Vorstand wird beauftragt, am schnellsten den Mitgliedern eine Vorlage zu unterbreiten, die zum Segen des Verbandes bewirkt, daß Beiträge und Gegebenheiten sich bedenklich.“ — Das Sterbegeld für Frauen wurde dem der Männer gleichgestellt, d. h. auf 60 M erhöht. — Nach eingehender Beratung wurde weiter für ein Reichs-Vergleich, für ein einheitliches Krapphahnenwesen für das Reich und für ein freies Vereinsrecht beschlossen. — Die internationalen Beziehungen sollen weiter gepflegt werden trotz trüber Erfahrungen, die man dabei zum Teil machen mußte. — Bei dem Punkt: „Stellungnahme des Verbandes zur Kaiserzeit“, wurden Quers Anführungen, die gegen die Kaiserzeit gerichtet waren, einstimmig genehmigt.

Die Kreditoren tagten in Dresden. Alle Anträge auf Erhöhung der Beiträge und Erweiterung des Unterstützungswesens wurden abgelehnt. Das Streikreglement wurde erheblich modifiziert. Danach sollen jedem Streik Unterhandlungen mit den Unternehmern zueinander gütlicher Einigung vorausgehen. Angriffstreiks finden nur dann Genehmigung, wenn sie von den beteiligten Verbandsmitgliedern in geheimer Abstimmung mit Treuherren, Ka-

porität beschlossen und zwei Monate vorher beim Hauptvorstande angemeldet sind. Die Unterstützung beträgt für männliche Mitglieder 12 M, für weibliche 6 M pro Woche vom achten Tage ab. Nur Mitglieder, die zwölf Wochenbeiträge geleistet haben, sind unterstützungsberechtigt. Es sollen Gouleiter angestellt werden bei angemessener Entschädigung für ihre zu leistende Arbeit. Zu diesem Zweck soll pro Mitglied und Monat ein Extrabeitrag von 5 S erhoben werden. Dem Arbeitsnachweiswesen soll größere Aufmerksamkeit gewidmet werden und wurden der Bahnhalle Berlin 200 M als Zuschuß zu ihrem Arbeitsnachweis bewilligt.

Ebenfalls in Dresden fand der erste Verbandstag des Zentralverbandes der Blumen-, Mätker-, Federarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands statt. Es wurde beschlossen, die Organisation auch auf die Palmenarbeiter auszudehnen. Eine Beitragserhöhung wurde abgelehnt, doch soll dem Vorstand das Recht zur Erhebung von Extrabeiträgen gegeben werden. Ein Streikunterstützungsreglement, das Annahme fand, sieht eine Karenzzeit von 18 Wochen vor. Krankenunterstützung soll nach 104 gezahlten Wochenbeiträgen gewährt werden.

Die Handlungsgehilfen hielten ihre Generalversammlung in Magdeburg ab. Der Vorstand des Zentralverbandes hatte eine Aufforderung des Kaiserlich Statistischen Amtes in Berlin zur Mitarbeit an einer Statistik über die Ergebnisse der kaufmännischen Stellenvermittlung abgelehnt. Das wurde von der Generalversammlung gebilligt unter Hinweis auf die behördliche Verdrückung der Gewerkschaften, die eine freie Betätigung derselben unmöglich macht.

„Eine freie Betätigung ist aber zu ersprießlicher Förderung der Verbandsleistungen, zur Beschaffung des verlangten Materials unbedingt notwendig. Daß bei der Inanspruchnahme, resp. Ueberwachung der durch die Gewerbeordnung gewährleisteten Rechte und Schutzbestimmungen die gewerkschaftlich organisierten Handlungsgehilfen bei den staatlichen Behörden keine Unterstützung finden, sogar in einzelnen Fällen Bestrafungen zu erleiden hatten, kann ebenfalls nicht dazu bewegen, statistisches Material für Staatsbehörden zu sammeln und ihnen zur Verfügung zu stellen. Die Generalversammlung lehnt deshalb das an den Zentralverband ergangene Ersuchen ab, solange die einer Beteiligung im Wege stehenden Hindernisse nicht beseitigt sind.“

Es wurde über: „Die nächsten Aufgaben für die Sozialreform im Handlungsbetriebe“ verhandelt, als deren wichtigsten der Acht-Uhr-Abendsschluß, achtsündige Arbeitszeit in Kontoren, sechsunddreißigstündige Sonntagsruhe, Schaffung einer Handelsinspektion und Ausdehnung aller Versicherungsarten auf alle Handelsangestellten, bezeichnet wurden; ferner wurde zu dem Gesetzentwurf über die Kaufmannsgerichte Stellung genommen. Weiter wurde Abschluß kollektiver Arbeitsverträge mit Konsumvereinen beschlossen. Die Stellenlosenunterstützung wurde erhöht.

Ein Staatsministerium für den Tarifvertrag. Einen bemerkenswerten Erfolg hat das Tarifamt der deutschen Buchdrucker errungen. Die in Stuttgart domizilierten Vertreter des Tarifkreises IV haben auf eine Eingabe die offizielle Mitteilung erhalten, daß das württembergische Staatsministerium beschlossen habe, die Behörden angewiesen, die Herstellung amtlicher Druckarbeiten nur solchen Buchdruckereien zu überweisen, welche den deutschen Buchdrucker tarif schriftlich anerkannt haben. Den bisher der Tarifgemeinschaft nicht angehörenden Buchdruckereien soll vor Abbruch der zwischen ihnen und den Behörden bestehenden Beziehungen eine angemessene Frist eingeräumt werden, damit sie sich auf die Zugehörigkeit zur Tarifgemeinschaft einrichten können.

Ueber Unternehmerterrorismus und Abwehrtaktik der Arbeiter schreibt Genosse A. von Elm in der neuesten Nummer der „Sozialistischen Monatshefte“. Elm empfiehlt darin der brutalen Taktik der Unternehmer gegenüber, welche die Arbeiter unter Androhung der Aussperrung zum Austritt aus der Organisation zwingen wollen, nicht etwa in den Streik zu treten, da es schade um jeden Großen wäre, der für den Kampf um die Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft vergewundet wird, sondern ohne Gewissensskrupel sämtlicher Reverser der Unternehmer zu unterstützen, der Organisation aber trotzdem treu zu bleiben. Auf diese Art, meint er, müßten alle Aussperrungen wegen Zugehörigkeit zur Organisation für die Kapitalisten ihren Wert verlieren. Gerechtfertigt würde diese Haltung der Arbeiter durch den geletz- und verfassungswidrigen, brutalen und unmoralischen Zwang, der seitens der Unternehmer ihnen gegenüber ausgeübt wird. Des ferneren müsse mit der „mahnwichtigen Methode“, Kämpfe mit den Unternehmern bis zum Weisbluten zu führen, gebrochen werden. „Wenn ein Feldherr seine Truppen dem mörderischen Feuer des Feindes bis zur völligen Vernichtung preisgibt, so verdient er, vor ein Kriegsgericht gestellt und totgeschossen zu werden... Die rechte Feldherrnkunst zeigt sich auch daran, daß man die Truppen rechtzeitig aus dem Kampfe zurückzieht, um eine völlige Niederlage zu vermeiden und im Stande zu sein, dem Feind, sobald die Leute sich wieder erholt haben, baldmöglichst eine neue Schlacht bieten zu können... Die Taktik der fortgesetzten Beunruhigung ist die einzig richtige gegenüber einem Gegner, der in der Wafel seiner Mittel uns gegenüber so skrupellos verfährt.“ Endlich warnt von Elm eindringlich davor, „unsere Taktik vor dem Kampf in großen Massenversammlungen zu erörtern und dadurch dem Feind schon unseren ganzen Kampfsplan zu verraten. Auch innerhalb unserer Gewerkschaften müssen wir Einrichtungen schaffen, die die Manövrierfähigkeit der Truppen jederzeit ermöglichen.“

Schweiz. Von Soldaten, die nicht streikbrechen wollen, wird aus Zürich berichtet: In einer Profabrik streikten die Arbeiter, worauf irgend ein Klassen-genosse des Fabrikanten, der die Rekrutenschule in Zürich als Offizier leitet, drei Unteroffiziere, welche Bäder sind, als Streikbrecher in die Profabrik kommandierte, damit diese die ihr übertragene Lieferung von Brot für die Soldaten ausführen könne. Die kommandierten drei uniformierten Streikbrecher tranken unterwegs erst noch „eins“, wobei sie die Scham überkam über die Rolle, die sie als Streikbrecher und Schmutzkonturrenten der ehrlichen Streikenden spielen sollten, und so machten zwei von ihnen wieder „Rehr“ zurück in die Kaserne. Der dritte ging an die Arbeit, allein nach einer halben Stunde war es auch ihm zu dumm und er gab seinen neuen Beruf als Streikbrecher ebenfalls schlenkigt wieder auf. Für diese ehrenvolle Handlung erhielten die zwei ersten je acht Tage, der dritte vier Tage Arrest.